

N I E D E R S C H R I F T

über die 34. Sitzung des Rates

vom:	18.12.2002
von:	16:00 Uhr
bis:	19:35 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Rat:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -
Stv Al-Omary, Falk
Stv Boller, Joachim
Stv Daus, Anny
Stv Dittert, Katrin
1. stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Eberlein, Klaus-Peter
Stv Flohren, Angelika
Stv Fries, Traute
Stv Gaden, Helga
Stv Gelber, Gunther
Stv Gerlach, Heinrich
Stv Gierlich, Michael
Stv Glaamann, Herta
Stv Groß, Michael
Stv Heupel, Rüdiger
Stv Höpfner-Diezemann, Ute
Stv Jacob, Martin
Stv Katz, Reinhilde
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Klöpperpieper, Rolf
2. stellv. BM Köhl, Siegfried
Stv Krombach, Ulrich
Stv Lauble, Wilhelm
Stv Moll, Ilona
Stv Morgenschweis, Thomas
Stv Mues, Gunter

Stv Mues, Steffen
Stv Müller, Heinz
Stv Müller, Manfred
Stv Nauck, Gerda
Stv Neubauer, Hans Peter
Stv Otto, Günter
Stv Panthöfer, Ulrich
Stv Reitz, Manfred
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Rujanski, Detlef
Stv Schleifenbaum, Dorothea
Stv Schmidt, André
Stv Schneider, Manfred
Stv Schulte, Werner
Stv Schulze, Werner
Stv Siebel, Helmut
Stv Sintzen, Gerlinde
Stv Sonntag, Hartmut
Stv Steuber, Burkhard
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Strunk, Christine
Stv Tielsch, Ingrid Karin
Stv Walter, Klaus-Volker
Stv Wolf, Marianne
Stv Wunderlich, Horst

II. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Harms - Werkleiter des Eigenbetriebes der Stadt Siegen -

III. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Fischer - ab 17.55 Uhr bis 18.15 Uhr (TOP 17.1 bis Ende ö. T.) -
Dipl.-Ing. Weidt
Städt. VR Schneider - bis 18.15 Uhr, Ende ö. T. -
Städt. VR Reisch
Städt. OVR Düber - ab 17.35 Uhr bis 17.55 Uhr (TOP's 13 - 17 ö. T.) -
Gleichstellungsbeauftragte Dellori - bis 17.30 Uhr, Ende TOP 12 ö. T. -
StAR Erner - bis 17.45 Uhr, während TOP 16 ö. T. -
Städt. VR Scholze
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Elter, Uwe
Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Schwarz-Schumann, Helga
Stv Stahl, Markus
Stv Zips, Joachim

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilen die jeweiligen Fraktionsvorsitzenden (im Fall der UWG-Fraktion der Geschäftsführer) mit, dass die Sitzungsgelder für die Teilnahme an der heutigen Sitzung an folgende Organisationen gespendet werden soll:

CDU-Fraktion	-	DRK-Kinderklinik Siegen
SPD-Fraktion	-	Siegener Tafel
Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	-	Terre des hommes; Projekt Straßenkinder in Mosambik
UWG-Fraktion	-	Nachbarn in Not
FDP-Fraktion	-	Mütter und Kinder in Not e. V.

Zur Tagesordnung:

Die Tagesordnung wird im öffentlichen Teil um die Punkte 3.2 bis 3.5, 18.1 und 18.2 und 19 erweitert.

TOP 5 wird im Rahmen der Beratungen zu den Punkten 8 - 10 abgehandelt.

Zu TOP 8 wird der Entwurf der 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2003 mit einem allgemeinen Schreiben des Stadtkämmerers zum „Haushalt 2003“ (verdichtete Daten und Informationen aus den Entwurfsunterlagen) vom 13.12.2002 als Tischvorlage vorgelegt.

Im nichtöffentlichen Teil wird die Tagesordnung um die Punkte 5 und 6 erweitert, die Nummerierung der Punkte „Verschiedenes“ und „Mitteilungen an die Presse“ ändert sich entsprechend.

Die Aufnahme des vorgelegten Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN vom 17.12.2002 mit dem Thema „Zuschussmittel Lokale Agenda 2002“ als TOP 4.1 im öffentlichen Teil wird mehrheitlich bei 20 Gegenstimmen abgelehnt.

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ratsmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (FDP)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Frau Nauck bestimmt.

34. Rat 18.12.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.11.2002

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

34. Rat 18.12.2002

3. Fragestunde

3.1. Bericht zur Luftqualität in Siegen

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 02.12.2002

Die Antwort von Herrn Brune ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

34. Rat 18.12.2002

3.2. Sachstand zu angekündigten Verwaltungsvorlagen zur Verlegung der Feuerwache und zur Renovierung der Siegerlandhalle

Anfrage der Fraktion BÜNDNDIS 90 / DIE GRÜNEN vom 06.12.2002

Die Antwort von Herrn Baumeister ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.
Auf Nachfrage von Herrn Groß führt er aus, dass die Unabweisbarkeit der Einleitung weiterer Schritte bezüglich der Feuerwache grundsätzlich nachgewiesen ist. Dennoch sprechen die finanziellen Rahmenbedingungen gegen einen Maßnahmenbeginn für die mit 24 Mio. DM kalkulierte Standortverlagerung. Bis zur Etatisierung ist der status quo bedauerlicherweise hinzunehmen.

34. Rat 18.12.2002

3.3. Akzeptanz und Verbesserung der Freizeiteinrichtungen / Bäder

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 06.12.2002

Die Antwort von Herrn Dr. Rohr ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.
Bezugnehmend auf die Nachfrage von Herrn Morgenschweis wiederholt er, dass der Sport- und Bäderausschuss die Einrichtung des „Arbeitskreises Bäderkonzept“ in seiner Sitzung am 03. dieses Monats beschlossen hat. Ein Sachstandsbericht über Aktivitäten des Arbeitskreises, der erst im Januar 2003 seine Tätigkeit aufnimmt, kann noch nicht abgegeben werden.

34. Rat 18.12.2002

3.4. Lärmschutz in Gosenbach

Anfrage des Stv Jacob vom 13.12.2002

Die Antwort von Herrn Brune ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

34. Rat 18.12.2002

3.5. Rückweisung eines Antrages auf Änderung der Geschäftsordnung

Anfrage des Stv Morgenschweis vom 13.12.2002

Die Antwort von Herrn Scholze ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

34. Rat 18.12.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Eine Erweiterung der Tagesordnung um den nachgereichten Antrag der Fraktion BÜNDNDIS 90 / DIE GRÜNEN vom 17.12.2002 (Zuschussmittel Lokale Agenda 2002) erfolgte nicht.

Weitere Anträge liegen nicht vor.

34. Rat 18.12.2002

5. Einbringung des Stellenplanes 2003 der Stadtverwaltung Siegen

Vorlagenr. 2390/2002 - Vorlage vom 03.12.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Verwaltungsentwurf mit

- der Stellenübersicht für den Stellenplan 2003 einschl. der Stellenübersicht zum mittelfristigen Ausbildungsstellenplan 2001 - 2006 sowie
- den Anlagen I - V (Einsparstellen, Mehrstellen, NN-Stellen, Stellenumwandlungen, refinanzierte Stellen)

zur Kenntnis.

Die Verwaltungsvorlage mit Anlagen wird zur Beratung an den Fachausschuss überwiesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

6. Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld

Vorlagenr. 2391/2002 - Vorlage vom 03.12.2002

Herr Dreisbach erklärt sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nimmt an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Groß appelliert, den erheblichen Sanierungsbedarf im Falle *sämtlicher* städtischer Bäder nicht aus dem Auge zu verlieren und nach Möglichkeit abzubauen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dem Förderverein des Naturfreibades Eiserfeld e. V. für die Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld über die bereits gewährten Mittel in Höhe von 112.484,21 € hinaus 20.000,00 € zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt durch Umschichtungen / Einsparungen bei diversen Haushaltsstellen in den Unterabschnitten 560, 570 und 571 (Sport- und Bäderetat).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 13 Enthaltungen (SPD, UWG, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN)

34. Rat 18.12.2002

7. Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002

Vorlagenr. 2346/2002 - Vorlage vom 19.11.2002

◆◆◆ Der Rat der Stadt Siegen nimmt Kenntnis.

34. Rat 18.12.2002

8. Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung/des Haushaltsplans 2003, des Investitionsprogramms 2002 - 2006 sowie der 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts 1994 für das Haushaltsjahr 2003

Vorlagenr. 2394/2002 - Vorlage vom 02.12.2002

dazu: - Verwaltungsentwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2003 incl. Vorbericht und Anlagen

- Investitionsprogramm 2002 - 2006

- 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Jahr 2003 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2002 bis 2006 / 2013 (**Tischvorlage**)

Die Reden des Bürgermeisters und des Kämmerers zur Einbringung der Entwurfsunterlagen zum Haushalt für das Jahr 2003 sind der Niederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Groß verbittet sich für die Zukunft verbale Attacken gegenüber den Fraktionen. Die von seinen Vorrednern insbesondere an seine Fraktion gerichtete Kritik unkommentiert zu lassen und nicht zu widerlegen, fällt ihm schwer.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt

- den Verwaltungsentwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2003 und den Vorbericht mit Anlagen,
- das Investitionsprogramm 2002 – 2006 und
- die 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Jahr 2003 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2002 bis 2006/2013

zur Kenntnis.

Die Entwürfe werden zur Einzelberatung an die Bezirks- und Fachausschüsse überwiesen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

**9. Entwurf des Haushaltes 2003;
hier: Grundsatzbeschluss**

Vorlagenr. 2389/2002 - Vorlage vom 04.12.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Vorlage zur Kenntnis und verweist sie zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

**10. 2. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von
Grundsteuern vom 16. Februar 1999;
hier: Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B ab 01. Januar
2003**

Vorlagenr. 2392/2002 - Vorlage vom 29.11.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt nimmt die Vorlage zur Kenntnis und verweist sie zur weiteren Beratung an den Haupt- und Finanzausschuss.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

11. Beteiligungsbericht der Stadt Siegen 2002

Vorlagennr. 2333/2002 - Vorlage vom 05.11.2002
dazu: Berichtsband „Beteiligungsbericht 2002“

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Beteiligungsbericht 2002 zur Kenntnis.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

**12. Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 10. Dezember 2002;
hier: Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Januar 2003**

- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW -

Vorlagennr. 2347/2002 - Vorlage vom 18.11.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen genehmigt die Dringlichkeitsentscheidung des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.12.2002, wonach beschlossen wurde, dass gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 10. Dezember 2002 zum Tagesordnungspunkt 3 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2003" keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW erteilt wurde.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)

34. Rat 18.12.2002

13. Erlass von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß §§ 14 bzw. 16 des Ladenschlussgesetzes im Jahr 2003

Vorlagennr. 2356/2002 - Vorlage vom 19.11.2002

Die Genehmigung von verkaufsoffenen Samstagen bzw. Sonntagen wird zwischen den Ratsmitgliedern Groß, Kirchhöfer, Tielsch, Al-Omary, Boller und Schleifenbaum äußerst kontrovers diskutiert. Als Argumente werden einerseits die Verhinderung zusätzlicher Kommerzialisierung und die Pflege gesellschaftlicher und christlicher Traditionen und andererseits die auch in kultureller Hinsicht positiven Anreize für eine Belebung der Innenstadt und eine Stärkung des Oberzentrums angeführt.

Herr Al-Omary spricht sich dafür aus, das bisherige Privileg, an Sonntagen grundsätzlich nicht arbeiten zu müssen, aufzuheben. Er bittet um Prüfung, ob die Anzahl der in der Vorlage aufgezeigten Termine nicht ausgeweitet werden kann.

Herr Groß sieht die Gefahr, dass Ausnahmeregelungen zu Dauereinrichtungen werden.

Die im Vorfeld zur heutigen Beratung erfolgte öffentliche Verlautbarung durch die Gesellschaft für Stadtmarketing, wonach die Ladenöffnungszeiten zum Neujahrsempfang verlängert werden, empfindet Herr Boller als Provokation gegenüber dem Rat der Stadt Siegen. Eine solche Verfahrensweise ist künftig zu vermeiden. Festzustellen ist, dass ausschließlich der Rat über verlängerte Ladenöffnungszeiten an Samstagen und Sonntagen entscheidet. Eine Entscheidungsbefugnis kann keinesfalls auf den Bürgermeister übertragen werden, wie es seines Erachtens aus der Begründung der Vorlage entnommen werden könnte.

Das Land formuliert in Erlassen zu Ausnahmen vom Ladenschlussgesetz, dass stets ein dringendes Bedürfnis zur Versorgung der Besucher bestehen muss, das zu anderen Zeiten nicht erfüllt werden kann. Die Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen allein ist nicht geeignet, den Erlass einer Rechtsverordnung zu begründen. Herr Boller stellt fest, dass dieses dringende Bedürfnis zur Versorgung der Besucher in keinem der angesprochenen Fälle gegeben ist. Zumindest fehlen einschlägige Argumente, wonach die in der Vorlage genannten Veranstaltungen nur unter der Voraussetzung der Offenhaltung von Verkaufsstellen durchgeführt werden können. Ein positiver Beschluss über den unterbreiteten Beschlussvorschlag wäre daher rechtswidrig.

Herr Kirchhöfer beantragt, den Beschlussvorschlag dahingehend aufzuteilen, dass getrennt über das Offenhalten von Verkaufsstellen einerseits für die genannten Samstagstermine, andererseits für die genannten Sonntagstermine abgestimmt werden kann.

Beschluss (in Abänderung):

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an **Samstagen** über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus zu den Veranstaltungen

- Neujahrsempfang am 04.01.2003 - Samstag, 16.00 bis 18.00 Uhr
 - Altstadtfest am 13.09.2003 - Samstag, 16.00 bis 18.00 Uhr
- zu erlassen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür,
1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
4 Enthaltungen (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Beschluss (in Abänderung):

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an **Sonntagen** über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus zu den Veranstaltungen

- Frühlingsfest in Siegen am 30.03.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Frühlingsmarkt in Weidenau am 06.04.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Herbstfest in Siegen am 28.09. oder 02.11.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Herbstfest in Weidenau am 05.10.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Bürgerfest in Geisweid am 12.10.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr

zu erlassen.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 19 Stimmen dagegen, 10 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

14. 1. Änderung der Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 29. November 2001; Gebührenanpassung

Vorlagenr. 2355/2002 - Vorlage vom 19.11.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anl. 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 29. November 2001 mit Wirkung v. 1. Jan. 2003.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

15. **1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 „Berghofstraße“ in Meiswinkel;
hier:**
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
 - Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
 - Beschluss der 1. Bebauungsplanänderung als Satzung

Vorlagenr. 2297/2002 - Vorlage vom 24.10.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) keine Anregungen bzw. Stellungnahmen vorgebracht wurden;
3. die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" als Satzung;
4. die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" laut Anlage 2 zur Vorlage.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

16. **7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen v. 27.01.1981;
hier: Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung**

Vorlagenr. 2265/2002 - Vorlage vom 15.10.2002

dazu: Auszüge aus den Niederschriften

- des Bauausschusses vom 18.11.2002
- des Haupt- und Finanzausschusses vom 04.12.2002

Herr Morgenschweis kritisiert die im Vergleich zum Umland hohen, zur Neufestsetzung vorgeschlagenen Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe.

Der Friedhofsbereich sollte vom Prinzip der möglichst vollständigen Kostendeckung ausgeklammert werden, so Herr Boller. Die teilbereichlich vorgeschlagenen, nahezu verdoppelten Friedhofsgebühren können keinesfalls mitgetragen werden. Eine Ver

mittelbarkeit gegenüber der Bevölkerung ist nicht gegeben.

Die Erholungsfunktion der Friedhöfe als Grünanlagen ist gebührenmindernd höher zu wichten, als in der Vorlage geschehen.

Aus haushaltsrechtlichen Gründen ist eine Kostendeckung in allen Gebührenhaushalten zu erzielen, so die Herren Kirchhöfer und Walter. Der Gebührenerhöhung folgen zu müssen, ist zwar bedauerlich, doch gibt es keine Alternative.

Beschluss (mit Ergänzung):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 zur Vorlage die 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981 mit folgender Änderung:

Die Gebühr der Kostenstelle 11 für

- die Bestattungsart „Reihengrab (Kinder)“ wird neu auf 605,00 €
- die Bestattungsart „Reihengrab (Urne)“ wird neu auf 630,00 €
- die Bestattungsart „Anonym (Urne)“ wird neu auf 630,00 €

festgesetzt.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 5 Stimmen dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Stv Morgenschweis), 1 Enthaltung (CDU)

34. Rat 18.12.2002

17. Entsorgungsbetrieb der Stadt Siegen

17.1. Gebührenkalkulation 2003

Vorlagenr. 2378/2002 - Vorlage vom 25.11.2002

Herr Kirchhöfer macht darauf aufmerksam, dass sowohl im Bereich Schmutzwasser als auch im Bereich Niederschlagswasser durch Verrechnungen von in einem bestimmten Zeitraum entstandenen Unter- / Überdeckungsbeträgen Gebührenerhöhungen für ein weiteres Jahr verhindert werden können.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Gebührenkalkulation Kanalbenutzungsgebühren 2003 lt. Anlage zur Vorlage.

Die in der geltenden Gebührensatzung festgesetzten Gebühren (2,02 €/ cbm verbrauchtes Frischwasser, 0,88 €/ qm angeschlossene Fläche) bleiben unverändert.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 1 Enthaltung (Stv Morgenschweis)

34. Rat 18.12.2002

17.2. Wirtschaftsplan 2003

Vorlagennr. 2377/2002 - Vorlage vom 25.11.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Wirtschaftsplan 2003 lt. folgenden Anlagen zur Vorlage:

1. Erfolgsplan
2. Finanzplan 2003 – 2007
3. Investitionsplan 2003 – 2007
4. Stellenübersicht

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

18. Ausschussneubesetzungen**18.1. Ausschussneubesetzung
hier: Bauausschuss**

Vorlagennr. 2411/2002 - Vorlage vom 11.12.2002

Zu der Begründung der Vorlage hat Herr Schulte eigene Erkundigungen eingezogen. So ist gemäß der Sätze 11 und 12 zu § 58 (1) GO NW Einzelratsmitgliedern zwar die Möglichkeit zu eröffnen, zumindest in einem Fachausschuss beratend mitzuwirken, doch ist in diese Regelung keinesfalls als Rechtsgrundlage für eine völlige Gleichberechtigung gegenüber fraktionsangehörigen Fachausschussmitgliedern bezüglich der Stellvertretung zu deuten. Die Angelegenheit ist auch vor dem Hintergrund möglicher Konsequenzen für die Hauptsatzung der Stadt Siegen und für die Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Siegen zu sehen.

Er zitiert aus einem Schreiben der Bezirksregierung Münster vom 30.05.2002: „Die Änderung des § 58 (1) GO NW eröffnet weder die Möglichkeit der Vertretung des Ratsmitgliedes durch ein anderes Ratsmitglied, noch die Möglichkeit der - ersatzweisen - Entsendung eines sachkundigen Bürgers als beratendes Mitglied.“ Die Kommunalpolitische Vereinigung und das Innenministerium bestätigten auf Nachfrage die Auffassung der Bezirksregierung Münster. Herr Schulte übergibt dem Bürgermeister eine Kopie des genannten Schreibens und der diesbezüglichen Stellungnahme der Kommunalpolitischen Vereinigung mit der Bitte um Überprüfung.

Vor Erstellung der Vorlage wurden die Kommunalaufsicht und die Bezirksregierung Arnsberg kontaktiert, so Herr Bürgermeister Stötzel. Resultat ist der unterbreitete Beschlussvorschlag, zu dem er, insbesondere vor dem Hintergrund des Minderheitenschutzes, nach wie vor steht. Er schlägt vor, die Angelegenheit aufgrund des Wortbeitrages von Herrn Schulte der geforderten erneuten, rechtlichen Überprüfung

zu unterziehen und einen Beschluss bis zur kommenden Ratssitzung zu vertagen.

Herr Boller verlangt, einen größtmöglichen Minderheitenschutz zu gewährleisten und der Einforderung hieraus resultierender Rechte nachzukommen. Seines Erachtens hat der Stadtverordnete Morgenschweis selbstverständlich Anspruch auf Benennung eines Stellvertreters im Bauausschuss. Vor dem Hintergrund des seit Antragstellung bereits entstandenen Zeitverzuges sollte in der heutigen Sitzung eine kleinliche rechtliche Bewertung unterbleiben und eine Entscheidung getroffen werden.

Herr Bürgermeister Stötzel zieht die Verwaltungsvorlage 2411/2002 zurück.

34. Rat 18.12.2002

18.2. Ausschussneubesetzungen

hier: Ausschuss für Schul- und Bildungswesen, Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen und Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid -

Vorlagenr. 2420/2002 - Vorlage vom 17.12.2002

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

Nr. 1

in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Herrn Stephan Böhmer als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Ingo Dietewich als stellvertretendes beratendes Mitglied.

Nr. 2

a) in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Herrn Karl-Heinz Könsgen als stellvertretendes Mitglied.

b) in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herrn Karl-Heinz Könsgen als stellvertretendes Mitglied.

c) in den Bezirksausschuss I - Siegen-Geisweid -

Herrn Max Pflaum als stellvertretendes Mitglied.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

34. Rat 18.12.2002

**19. Kommunale Beschäftigungsförderung, Neue Arbeit Siegerland;
hier: Bürgschaft**

Vorlagenr. 2358/2002 - Vorlage vom 21.11.2002

Um den Bestand der NAS und deren finanzielle Leistungskraft nicht zum Dauerthema werden zu lassen und um Klarheit für die ca. 200 dort Beschäftigten zu schaffen, beantragt Herr Groß, die Bürgschaft nicht nur bis zum 30.06.2003, sondern bis zum 31.12.2004 (wie von der NAS beantragt) zu verlängern.

Vor einer langfristigen Entscheidung müssen grundsätzliche Fragen geklärt sein, so Herr Schmidt. Weitere, die NAS betreffende Vorlagen erarbeitet die Verwaltung derzeit. Im kommenden Jahr muss sich die Stadt zu Fragen, die die NAS betreffen, eindeutig positionieren.

Die Gesellschafterversammlung der NAS hat den Inhalt der Vorlage am Vortag zur Kenntnis genommen.

Die NAS ist nach Meinung von Herrn Dr. Stötzel nach Möglichkeit zu unterstützen, da sie bei der Erfüllung kommunaler Aufgaben wertvolle Dienste leistet. Zu berücksichtigen ist, dass die Bürgschaft und eine eventuelle finanzielle Belastung der Stadt Siegen in Abhängigkeit davon zu sehen ist, ob und inwieweit die Bürgschaft in Anspruch genommen werden wird. Dies wiederum ist abhängig von dem betriebswirtschaftlichen Ergebnis und damit nicht zuletzt von den Umsatzerlösen der NAS. Es ist nach Kräften zu vermeiden, dass der NAS in deren Kundenkreis ein negativer Ruf erwächst. Eine Entscheidung über die Bürgschaft, wie von der NAS beantragt, ist schnellstmöglich herbeizuführen.

Herr Kirchhöfer erinnert an die Aussagen der Verwaltungsführung in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 04.12.2002, wonach die fortsetzende Bürgschaftsübernahme vor Fristablauf der jetzigen Bürgschaft am 31.12.2002 nicht unbedingt erforderlich ist. Die heute präsentierte Vorlage, datiert auf den 21.11.2002, war zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits fertiggestellt. Das Verfahren ist ihm unverständlich, er hätte sich eine offene Erklärung in der o. g. Sitzung gewünscht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt,

- die zur Liquidität der Gesellschaft von der Stadt übernommene Bürgschaft mit Rangrücktrittserklärung in Höhe von 5/8 von 107.371,29 € (210.000,00 DM) = **67.107,06 €** (131.250,00 DM) bis zum **30.06.2003** zu verlängern.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 4 Stimmen dagegen (CDU), 2 Enthaltungen (CDU, FDP)

34. Rat 18.12.2002

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich 2 / Personal und Organisation
Bearbeitet von: Ulrich Bernshausen, Gustav Claudi

Datum
03.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat	18.12.2002
Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung	14.02.2003
Haupt- und Finanzausschuss	19.02.2003
Rat	26.02.2003

Betreff:

Einbringung des Stellenplanes 2003 der Stadtverwaltung Siegen

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Verwaltungsentwurf mit

- der Stellenübersicht für den Stellenplan 2003 einschl. der Stellenübersicht zum mittelfristigen Ausbildungsstellenplan 2001 - 2006 sowie
- den Anlagen I - V (Einsparstellen, Mehrstellen, NN-Stellen, Stellenumwandlungen, refinanzierte Stellen)

zur Kenntnis.

Die Verwaltungsvorlage mit Anlagen wird zur Beratung an den Fachausschuss überwiesen.

Sachverhalt / Begründung:

Der Stellenplan 2003 wird wie im vergangenen Jahr zeitgleich mit der Einbringung des Haushaltes 2003 in die politischen Gremien eingebracht. Der Namentliche Stellenplan wird dem Ausschuss für Personal, Organisation und Frauengleichstellung - als Fachausschuss - rechtzeitig zur Sitzung am 17.02.2003 vorgelegt. Mit dieser Einbringung werden aber bereits jetzt die wichtigsten Änderungen im Hinblick auf den Stellenplan beschrieben sowie die Entwicklung der Personalkosten für 2003 und für die Folgejahre aufgezeigt.

1. Stellenplanentwurf 2003

Stellenplanentwicklung seit 1994

Haushaltsjahr	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Beamte/-innen	231	236	237	232	227	225,2	222,72	217,56	216,19	220,19
Angestellte	658	657	624	604	580	603,4	603,85	615,63	609,72	607,43
Arbeiter/-innen	641	620	569	524	404	407,9	403,85	395,52	387,55	380,38
Summe	1.530	1.513	1.430	1.360	1.211	1.236,5	1.230,42	1.228,71	1.213,46	1.208,00
Veränderung	+ 4	- 17	- 83	- 70	-149	+ 25,5	- 6,08	- 1,71	- 15,25	- 5,46

Zusammenfassend ergibt der Stellenplanentwurf 2003 gegenüber dem Stellenplan 2002 folgende Bilanz:

	Zählwert
Einsparstellen	13,67
Stellenabweichung 2002/2003 (Einsparung)	1,09
Mehrstellen	9,30

Stelleneinsparung 5,46

Die Abweichung von 1,09 Stellen resultiert aus dem Wegfall der Stelle für die Ausbildung eines Aufstiegsbeamten nach bestandener Laufbahnprüfung (ehemals Stelle Nr. 01020007025 im Stellenplan 2002) und dem nachfolgenden Einsatz auf der vorhandenen Stelle Nr. 01010001075 im Fachbereich 1. Weitere Abweichungen ergeben sich durch Auf- und Abrundungen bei Arbeitszeitveränderungen.

Die einzelnen Begründungen der Stellenveränderungen ergeben sich aus den dieser Vorlage beigefügten **Anlagen I und II**.

Zu den Anlagen I bis V werden folgende Erläuterungen gegeben:

Einsparstellen (Anlage I)

Im Reinigungsbereich werden entsprechend der Beschlussfassung des Rates immer dann, wenn dies sozialverträglich möglich ist, Privatisierungen vorgenommen. Deshalb können für 2003 insgesamt 7 Stellen zur Einsparung vorgeschlagen werden. Unabhängig von der Problematik, dass durch die Privatisierung im Reinigungsbereich Frauenarbeitsplätze verloren gehen, ist es in einigen Fällen im laufenden Jahr entsprechend der Zielsetzung im Frauenförderplan gelungen, Frauen aus dem Reinigungsbereich teils nach vorheriger Qualifizierung in den Verwaltungsbereich umzusetzen. Konkretere Aussagen werden hierzu im Frühjahr 2003 mit dem Bericht zur Umsetzung des Frauenförderplanes aus dem Jahre 2001 erfolgen.

Im Vorgriff auf die beabsichtigte Einrichtung eines „Kommunalen Gebäudemanagements“ wird bereits jetzt bei Ausscheiden oder Umsetzung von Schulhausmeisterinnen und -hausmeistern jeweils geprüft, ob die Einsparung von Hausmeisterstellen

bei der Zusammenfassung der Betreuung von Schulgebäuden möglich ist. Dies ist im Laufe des Jahres 2002 bei jeweils zwei Gebäuden gelungen.

Die weitgehende Einführung von TUIV führt immer wieder zur Reduzierung von Arbeitszeiten bis hin zur Einsparung von Halbtags- oder Vollzeitstellen.

Mehrstellen (Anlage II)

Bereits für den Stellenplan 2002 wurde dem Rat eine Mehrstelle im Hinblick auf die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements vorgeschlagen. Diese Stelle wurde allerdings nicht zur Verfügung gestellt. Die Notwendigkeit, eine solche Stelle einzurichten, ist jedoch notwendiger denn je. Die Planungen zur Einbringung eines Gesetzes, welches verpflichtend für alle Kommunen die Einführung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements vorsieht, laufen auf Hochtouren. Bereits ab 2006 soll das Neue Kommunale Finanzmanagement eingeführt werden. Neben dem Mehraufwand, der für viele städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsteht, ist in der Kämmerei federführend und koordinierend mindestens eine Kraft des gehobenen Dienstes erforderlich. In der Kämmerei kann diese Tätigkeit nicht zusätzlich geleistet werden, weil die Ausführung des Haushaltes bis zur Umstellung in der bisherigen Weise vorgenommen werden muss.

Der Personalausfallfaktor in der Hauptamtlichen Wache der Feuerwehr ist fortgeschrieben worden und hat sich von bisher 4,17 auf 4,29 erhöht. Zur Sicherstellung des Feuerschutzes und Rettungsdienstes sind in der Konsequenz zwei Mehrstellen einzurichten.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat bereits vor einigen Jahren den Kommunen die sogenannte Schnellinventarisierung zur Auflage gemacht. Nachdem dies das Westfälische Amt für Denkmalpflege der städtischen Kulturabteilung nachdrücklich in Erinnerung gerufen hat, soll befristet für zwei Jahre eine Stelle zur Ausführung dieser Tätigkeit eingerichtet werden.

Im Sozialamt ist aufgrund der Fallzahlensteigerung die Einrichtung einer Mehrstelle in der Allgemeinen Sozialhilfe erforderlich. Ferner sind durch die Verabschiedung des Grundsicherungsgesetzes vorerst zwei Mehrstellen notwendig. Im Laufe des Jahres 2003 wird organisatorisch überprüft, ob diese Mehrstellen dauerhaft erforderlich sind.

Mit Beschluss des Rates vom 30.10.2002 sind zwei Mehrstellen für die Stadtteilbüros Fischbacherberg und Heidenberg im Stellenplan 2003 einzurichten. Der gleichzeitig erfolgte Beschluss des Rates zur Kompensation dieser Stellen aus dem gleichen Fachbereich kann zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht umgesetzt werden. Dies wird im Jahr 2003 angestrebt und soll im Stellenplan 2004 mit Einsparstellen nachgewiesen werden.

Unbesetzte Stellen (Anlage III)

Zum Redaktionsschluss waren aus dem Stellenplan insgesamt 39 Stellen unbesetzt. Hiervon sind 3 Stellen nach Inanspruchnahme von Elternzeit ganz oder teilweise (noch) nicht wiederbesetzt worden. Für einige der unbesetzten Stellen wird zurzeit das Besetzungsverfahren unter Einbindung von Personalrat gemäß Landespersonalvertretungsgesetz bzw. Gleichstellungsstelle gemäß Landesgleichstellungsgesetz

durchgeführt. Einige Stellen konnten nach Redaktionsschluss nachbesetzt werden, andere wurden zwischenzeitlich frei. Bei der Nachbesetzung von Stellen wird besonders auf die Übernahme von Nachwuchskräften geachtet. Vor jeder Wiederbesetzung einer NN-Stelle wird vorab geprüft, ob eine Wiederbesetzung erforderlich ist.

Der Leiter der VHS hat Altersteilzeit in Anspruch genommen. Die Freizeitphase hat am 01.06.2002 begonnen. Eine interne Wiederbesetzung ist beabsichtigt. Nach Abschluss des Besetzungsverfahrens wird eine Reduzierung des Personals angestrebt.

Stellenumwandlungen (Anlage IV)

Zahlreiche Stellenumwandlungen sind redaktioneller Art. Zum Beispiel sind Stellen umzuwandeln, wenn nach einer Umsetzung Angestellte auf eine Beamtenstelle wechseln, was natürlich auch umgekehrt gilt. Ebenso sind bei Beamtinnen und Beamten mit höherwertigen Tätigkeiten so lange niedrigere Besoldungsgruppen auszuweisen, bis eine Beförderung tatsächlich möglich und beabsichtigt ist.

Der Stellenplan 2003 sieht insgesamt die Beförderung von 8 Beamtinnen und Beamten vor. Die Beförderung von 2 Beamtinnen (eine Beamtin des nichttechnischen und eine Beamtin des technischen Dienstes) nach Besoldungsgruppe A 11 bewirkt eine Erhöhung der Frauenquoten in der Besoldungsgruppe der jeweiligen Berufsgruppen. Im allgemeinen Verwaltungsdienst steigt die Frauenquote von ca. 25 % auf etwa 30 %, im technischen Dienst von ca. 50 % auf etwa 62 %. Dies entspricht den Zielen des Frauenförderplanes.

Im Angestelltenbereich sind 44 Stellen mit einer höheren Stellenwertigkeit ausgewiesen worden, davon betreffen 31 Stellen Angestellte in Schulsekretariaten. Aufgrund der sich im Laufe der Jahre vollzogenen Aufgabenänderungen und der daraus resultierenden veränderten Stellenbewertung wird vorgeschlagen, die Stellen in den Schulsekretariaten nach Vergütungsgruppe VI b BAT auszuweisen. Dies wird im Fachausschuss mit einer gesonderten Vorlage thematisiert.

Refinanzierte Stellen (Anlage V)

Im Rahmen der Diskussion zum Stellenplan 2002 wurde der Wunsch geäußert, über refinanzierte Stellen informiert zu werden. In der Anlage V sind die ganz oder teilweise refinanzierten Stellen dargestellt.

2. Entwicklung der Personalkosten

Die Erhöhung der Personalkosten konnte in den Jahren 2000 auf 1,07 % und 2001 auf 1,44 % begrenzt werden. Dies ist deshalb positiv hervorzuheben, weil die Tarifierhöhungen im Jahre 1999 mit 3,1 % und im Jahre 2000 in Höhe von 2,0 % deutlich höher ausgefallen sind und in den beiden Folgejahren in voller Höhe wirksam wurden. Die Begrenzung der Personalkostensteigerung wurde durch Stelleneinsparungen und eine restriktive Handhabung von Wiederbesetzungen einschließlich Reduzierung des Ausbildungsstellenplanes erreicht. Der Tarifabschluss im Jahre 2001 mit Wirkung zum 01.09.2001 war mit einer linearen Tarifierhöhung von 2,4 % verbunden. Deshalb wurde für 2002 eine Personalkostensteigerung von 1,55 % ermittelt, die mit Ratsbeschluss vom 27.03.2002 auf 1,00 % gedeckelt wurde. Nachdem sich mit der ersten Personalkostenhochrechnung eine deutliche Überschreitung der gedeckelten

Personalkosten abzeichnete, wurde eine halbjährige Wiederbesetzungssperre durch den Bürgermeister verfügt. Nach der dritten Personalkostenhochrechnung ist mit einer wesentlich niedrigeren Überschreitung zu rechnen. Eine Einhaltung des Personalkostenetats wird weiterhin angestrebt, ist allerdings voraussichtlich trotzdem nicht erreichbar.

Ermittlung der Personalkosten 2003

Die Orientierungsdaten des Innenministers sehen für das Jahr 2003 und die Folgejahre erneut Personalkostensteigerungen von maximal 1 % pro Jahr vor. Diese Begrenzung kann voraussichtlich im Jahre 2003 ebenfalls nicht eingehalten werden. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Tarifierhöhungen wäre eine solche Begrenzung nur einzuhalten, wenn Personal in größerem Umfang eingespart würde. Die Reduzierung von Personal ist aber, wie der vorgelegte Stellenplan - aber auch die Stellenpläne der Vorjahre - zeigen, nur punktuell möglich. Ganz im Gegenteil: Neben einzelnen Einsparstellen müssen, teils aufgrund der Übertragung neuer gesetzlicher Aufgaben (Grundsicherungsgesetz), erneut einige Mehrstellen ausgewiesen werden. Auch die Altersstruktur lässt kaum Personalabgänge erkennen.

Die im August 2002 für das kommende Jahr 2003 errechneten Personalkosten berücksichtigen eine Besoldungs- bzw. Tarifierhöhung von 1,5 % bei unveränderten Arbeitgeberbeiträgen zur Sozialversicherung. Diese Vorgabe ist bereits jetzt überholt, denn zum 01.01.2003 wird der Rentenversicherungsbeitrag von 19,1 % auf 19,5 % erhöht. Die Begrenzung der Besoldungs- und Tarifierhöhung auf 1,5 % ist im Übrigen äußerst risikobehaftet. Obwohl die öffentlichen Arbeitgeber in der kürzlich begonnenen Tarifrunde betont haben, dass aufgrund der katastrophalen Lage aller öffentlichen Haushalte keine Erhöhungen angeboten werden können, fordert die Arbeitnehmerseite eine Besoldungs- und Tarifierhöhung mindestens in dem Umfang, wie sie im laufenden Jahr in anderen Branchen abgeschlossen wurde. In anderen Branchen wurden Tarifierhöhungen im Umfang von ca. 3 bis 4 % erzielt. Jede Besoldungs- und Tarifierhöhung, die über 1,5 % hinausgeht, führt damit automatisch zu einer Erhöhung der Personalkosten. Dies wiederum hat notwendigerweise zur Folge - und hierauf haben Kommunalen Arbeitgeberverband und Städtetag bereits hingewiesen -, dass die Kommunen zu einem weiteren Stellenabbau gezwungen werden. Anzumerken ist in diesem Zusammenhang auch, dass die ausgewiesenen Mehrstellen nicht kalkuliert sind. Mögliche weitere Erhöhungen von Sozialversicherungsbeiträgen, z.B. von Krankenversicherungsbeiträgen wie derzeit diskutiert, wirken sich selbstverständlich ebenso negativ auf den Personalkostenetat aus. Anzumerken ist noch, dass im Gegensatz zu den vergangenen Jahren keine pauschalen Erhöhungen zur Finanzierung von Höhergruppierungen, Beförderungen, Dienstaltersstufensteigerungen etc. berücksichtigt wurden.

Ausblick

Eine Begrenzung des Personalkostenetats für die nächsten Jahre ist in starkem Maße abhängig von der Besoldungs- und Tarifentwicklung. Die Einsparung von Stellen wird zwar ständig überprüft, aber weiterhin nur punktuell umgesetzt werden können. Stelleneinsparungen in größerem Umfang werden erst dann möglich, wenn Einrichtungen geschlossen, freiwillige Aufgaben aufgegeben oder Aufgaben einer anderen Trägerschaft zugeführt werden. Instrumente wie die Wiederbesetzungssperre führen kurzfristig zu einer Kostenentlastung, sind aber personalwirtschaftlich gesehen lang-

fristig mit nachteiligen Auswirkungen verbunden. Andere Erkenntnisse hat auch die Projektgruppe Aufgabenkritik nicht gewonnen.

Personalkostenentwicklung von 1997 bis 2002

	1997	1998	1999	2000	2001 (IST)	2002 (SOLL)
TDM	99.497	101.660	104.935	106.059	107.590	108.668 55.561.060 €
Steigerung in Prozent zum Vorjahr	- 2,35 %	+ 2,17 %	+ 3,22 %	+ 1,07 %	+ 1,44 %	+ 1,00 %
Tarif- Steigerung	+ 1,30 % ab 1.1.1997	+ 1,50 % ab 1.1.1998	+ 3,10 % ab 1.4.1999 + Einmalzahlung	+ 2,00 % ab 1.8.2000 + Einmalzahlung	+ 2,40 % ab 1.9.2001	Tarifverhand- lungen wurden kürzlich aufge- nommen.

Prognose der Personalkostenentwicklung von 2002 bis 2006

	2002	2003	2004	2005	2006
EURO	55.561.060	56.293.100	56.856.031	57.424.591	57.998.836
Steigerung in Prozent zum Vorjahr	1,00 %	1,32 %	1,00 %	1,00 %	1,00 %

3. Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 2001 - 2006

Der Rat hat am 27.06.2001 den mittelfristigen Ausbildungsstellenplan 2001 - 2006 beschlossen. Kernstück dieses mittelfristigen Ausbildungsstellenplanes ist die Umstellung von einer Ausbildung über Bedarf hin zu einer bedarfsorientierten Ausbildung im Verwaltungsbereich sowie einer Ausbildung moderat über Bedarf im gewerblichen Bereich. Die Zahl der Ausbildungsstellen wird dementsprechend bis zum Jahr 2005 von 95 auf 66 reduziert, was zugleich mit einer Reduzierung der Personalkosten verbunden ist. Die für das Jahr 2003 gefertigte Stellenübersicht zeigt, dass im Jahr 2003 insgesamt 73 Auszubildende beschäftigt werden sollen, was gegenüber 2001 einer Reduzierung um 22 Ausbildungsstellen entspricht. Entsprechend der Anregung in den politischen Gremien im vergangenen Jahr wurde erstmals eine Ausbildungsstelle für den Beruf der Veranstaltungskauffrau / des Veranstaltungskaufmanns eingerichtet.

4. Personalkostenkonsolidierungskonzept

Auf die Erarbeitung eines Personalkostenkonsolidierungskonzeptes für das Jahr 2003 wird verzichtet. Das vom Rat am 28.02.2001 beschlossene Personalkostenkonsolidierungskonzept wird in den Grundzügen fortgeführt und ist Grundlage für das Handeln der Verwaltung. Mit der Umsetzung dieses Konzeptes ist die Projektgruppe Aufgabenkritik betraut. Die Projektgruppe Aufgabenkritik untersucht kontinuierlich ob und wie

- Überstunden und Bereitschaftsdienste reduziert,
- die städtische Verwaltungsorganisation optimiert und
- nicht konkurrenzfähige Betriebe und Einrichtungen aufgegeben bzw. privatisiert werden können.

Entsprechend dem Ratsbeschluss vom 27.02.2002 wird die Beförderung in den Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 BBesG für ein Jahr ausgesetzt. Für das Haushaltsjahr 2003 wird (erneut) eine nach Besoldungsgruppen abgestufte Beförderungssperre für die Beamtinnen und Beamten vorgeschlagen, deren Stellen im Stellenplan 2003 mit einer höheren Dotierung ausgewiesen sind. Folgende Abstufung wird von mir vorgeschlagen:

Besoldungsgruppe bis A 9	Keine Beförderungssperre;
Besoldungsgruppe A 10 + A 11	Beförderungssperre von 3 Monaten;
Besoldungsgruppe A 12 + A 13	Beförderungssperre von 6 Monaten;
Besoldungsgruppe A 13 h.D. + A 14	Beförderungssperre von 9 Monaten;
Besoldungsgruppe A 15 + A 16	Beförderungssperre von 12 Monaten.

5. Einleitung der Beteiligungsverfahren

Mit Einbringung des Stellenplanes werden die Mitwirkungsverfahren mit dem Personalrat und der Gleichstellungsstelle eingeleitet. Zur Beratung im Fachausschuss werde ich eine Nachtragsvorlage einbringen, der ich die Stellungnahmen von Personalrat und Gleichstellungsstelle beifügen werde.

Anlagen:

- Einsparstellen
- Mehrstellen
- NN-Stellen
- Stellenumwandlungen
- Refinanzierte Stellen
- Stellenübersicht

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 56.293.100 €	Haushaltsstelle SN A Persönli- che Ausgaben
-----------------------------------	--	-------------------------------	---	---

Ulf Stötzel

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich II
Fachbereich Sport, Bäder

Datum
03.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

04.12.2002

Rat

18.12.2002

Betreff:

Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt, dem Förderverein des Naturfreibades Eiserfeld e. V. für die Sanierung des Naturfreibades Eiserfeld über die bereits gewährten Mittel in Höhe von 112.484,21 € hinaus 20.000,00 € zur Sicherstellung der Gesamtfinanzierung zur Verfügung zu stellen.

Die Deckung erfolgt durch Umschichtungen / Einsparungen bei diversen Haushaltsstellen in den Unterabschnitten 560, 570 und 571 (Sport- und Bäderetat).

Sachverhalt / Begründung:

Mit Vorlage 1282/01 vom 31.07.2001 beschloss der Rat, das Naturfreibad Eiserfeld zu erhalten und zu sanieren. Zum angedachten 1. Sanierungsabschnitt wurde ein städtischer Zuschuss von 220.000 DM (112.000 €) gewährt. Mit Vertrag vom 30.01./31.01.2002 ist dem Förderverein des Naturfreibades Eiserfeld dieser Betrag zur Verfügung gestellt worden. Damit sollte das Bad vorübergehend gebrauchstauglich gemacht werden bis die Haushaltslage der Stadt Siegen Beratungen über den 2. Sanierungsabschnitt zuließe, der laut Gutachten Salveter noch ca. 500.000 – 600.000 DM erfordere.

Durch die nun vom Planungsteam des Fördervereins erarbeiteten technischen Lösungen wird eine Wiederherstellung des Naturfreibades in einem Zuge angestrebt, ohne dass ein 2. Sanierungsabschnitt erforderlich ist. Der Förderverein wird eine Leistung erbringen, die bei völliger Vergabe einen Wert von 317.768 € darstellt (Anlage). Die technischen Lösungen wurden dem GB IV vorgestellt. Der Verein erklärt, für die Gesamtanierung (1. und 2. Stufe) noch eine Finanzierungslücke von 25.000 € zu haben. 5000 € sollen über eine Mittelvergabe durch den Bezirksausschuss Eiser-

feld für 2003 erfolgen. Ein entsprechender Beschluss ist ergangen. Die restlichen 20.000 € werden zusätzlich von der Stadt Siegen in 2003 erbeten. Der Verein erklärt, damit die Gesamtsanierung sicherzustellen und keine weiteren Nachfinanzierungen zu erbitten. Er erklärt ferner, weiter tätig bleiben zu wollen, um im Laufe der Zeit weitere Mittel für die Neuerrichtung des Sprungturms und anderer Attraktionen anzusammeln.

Die ausführende Firma Fey hält sich an ihr Festpreisangebot bis 31.12.2002 gebunden. Der Verein bittet um die Mittelzusage noch in 2002, um den Auftrag erteilen zu können.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer ist erfolgt:
20.000,00 €				„Ich verweise auf meine grundsätzli- che Stellungnahme vom 15.04.2002 zur Vorlage Nr. 1807/2002 vom 09.04.2002 (Bä- dergutachten / Analyse und Um- setzungsempfeh- lungen).“

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle 1.571.9601.4
--	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	---------------------------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: 5

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Zentrales Finanzcontrolling
Bearbeitet von Gerold Urrigshardt

Datum
19.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

04.12.2002

Rat

18.12.2002

Betreff:

Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Haushaltsvollzug per 31.10.2002 zur Kenntnis.

Sachverhalt / Begründung:

ALLGEMEINES

Die in der Vorlage ausgewiesenen Prognosedaten zur voraussichtlichen Entwicklung des Jahresabschlusses im Verwaltungshaushalt basieren auf den Meldungen aller Organisationseinheiten der Verwaltung.

Aufgrund des fortgeschrittenen Zeitpunktes im aktuellen Haushaltsjahr stellt die Prognose zum 31.10.2002 für das Gesamtergebnis des Verwaltungshaushaltes eine klare Tendenzaussage dar, auch wenn sich im Einzelfall (Haushaltsstelle) noch Veränderungen aufgrund nicht vorhersehbarer Ereignisse einstellen können.

1. VERWALTUNGSHAUSHALT

Zu den Hauptgruppen (Einnahme- und Ausgabearten) des Verwaltungshaushaltes sind in dieser Vorlage folgende Daten tabellarisch dargestellt:

- Anordnungs-Soll-Stände 31.07.2002 und 31.10.2002;
- Prognosen zum Jahresergebnis (Stand 31.07.2002 und 31.10.2002);
- betragliche und prozentuale Abweichung der Prognose zum 31.10.2002 vom HH-Soll.

1.1. Verwaltungshaushalt - E i n n a h m e n - (in Mio. €)

	HH-Soll	AO-Soll 31.07.02	Prognose 31.07.02 zum Jahres- ergebnis 2002	AO-Soll 31.10.02	Prognose 31.10.02 zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll in %
Steuern, allg. Zuweisungen	120,85	89,00	111,12	109,75	112,44	-8,41	-6,96%
Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb	42,29	28,32	41,54	33,91	42,22	-0,07	-0,17%
sonstige Finanzeinnahmen	25,00	8,07	25,36	8,23	17,08	-7,92	-31,68%
Einnahmen gesamt:	188,14	125,39	178,02	151,89	171,74	-16,40	-8,72%

1.1. a) Steuern, allgemeine Zuweisungen

Nach dem derzeitigen Kenntnisstand wird das voraussichtliche Jahresergebnis im Bereich der Steuern und allgemeinen Zuweisungen mit einem Einnahmedefizit von rd. 8,41 Mio. € abschließen. Gegenüber der Prognose zum 31.07.2002 (Defizit von rd. 9,73 Mio. €) ergibt sich eine leichte Verbesserung der Annahme zum Jahresergebnis um rd. 1,32 Mio. €.

Gewerbsteuer nach Ertrag

Das Anordnungs-Soll betrug zum 31.10.2002 rd. 29,45 Mio. €. Die Fachverwaltung geht von einem voraussichtlichen Jahresergebnis von rd. 27,5 Mio. € bei der Gewerbesteuer nach Ertrag aus, da noch erhebliche Abgänge bis zum Jahresende zu verbuchen sein werden. Damit wird der bereits zum 31.07.2002 aufgezeigte Trend bestätigt. Der Einnahmerückgang wird somit im Jahresergebnis voraussichtlich rd. 5,5 Mio. € (Haushaltsansatz 33,0 Mio. €) betragen.

Vergleicht man die aufgezeigte Prognose mit dem Rechnungsergebnis von 1999 in Höhe von rd. 41,98 Mio. €, so ergibt sich innerhalb von drei Jahren ein voraussichtlicher Einnahmerückgang von rd. 14,48 Mio. € (34,49 %).

Gemeindeanteil an der Einkommensteuer

Der Jahresabschluss im Bereich des Gemeindeanteiles an der Einkommensteuer steht zum 31.10.2002 fest. Für das III. Quartal hat die Stadt Siegen einen Einkommensteueranteil in Höhe von 7,78 Mio. € erhalten. Da die Rate für das vierte Quartal identisch sein wird mit der Rate für das dritte Quartal, beläuft sich das Jahresergebnis auf rd. 30,69 Mio. €.

Somit ergibt sich gegenüber der Prognose vom 31.07.2002 eine Verbesserung von rd. 1,05 Mio. €. Der Einnahmerückgang wird sich bei dieser zentralen Einnahmeposition gegenüber dem Haushaltsansatz (32,7 Mio. €) auf rd. 2,01 Mio. € belaufen.

Im Vergleich zum Rechnungsergebnis 1999 (rd. 34,27 Mio. €) bedeutet dies eine Einnahmeminderung von rd. 3,58 Mio. € (rd. 10,46 %).

1.1. b) Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb

Das zum 31.10.2002 prognostizierte Jahresergebnis bei den Einnahmen aus Verwaltung und Betrieb schließt mit einem Defizit von rd. 0,18 % bzw. rd. 0,07 Mio. € ab. Die Planvorgabe kann somit nahezu vollständig erreicht werden.

1.1. c) Sonstige Finanzeinnahmen

Zur Stützung des Verwaltungshaushaltes war der Verkauf von RWE-Aktien in einem Volumen von 8,0 Mio. € vorgesehen.

Auf der Grundlage des derzeitigen Aktienkurses der RWE-Aktie (31,35 € /Stand 14.11.2002) und der allgemeinen Börsensituation ist mittlerweile davon auszugehen, dass der Verkauf der RWE-Aktien im laufenden Haushaltsjahr nicht mehr realisiert werden kann.

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 25.09.2002 (Vorlage-Nr.: 2146/2002) beschlossen, dass die RWE-Aktien nur zu einem Mindestkurswert von 40,00 €/Aktie veräußert werden dürfen.

Eine weitere zum 31.07.2002 noch nicht absehbare Mindereinnahme im Bereich der Steuererstattungen in Höhe von rd. 0,5 Mio. € ist durch aktuelle Änderungen in der Steuergesetzgebung/-rechtsprechung bedingt. Eine für das laufende Haushaltsjahr angesetzte Erstattung kann erst in 2003 geltend gemacht werden.

Mehreinnahmen im Bereich der Beteiligungen (Gewinnabführung SVB GmbH rd. 0,8 Mio. €) können das aufgezeigte Defizit nur zu einem geringen Teil schmälern.

1.2. Verwaltungshaushalt - Ausgaben – (in Mio. €)

	HH-Soll 2002	AO-Soll 31.07.02	Prognose 31.07.02 zum Jahres- ergebnis 2002	AO-Soll 31.10.02	Prognose 31.10.02 zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll in %
sonstige Personal- ausgaben	2,23	1,41	2,13	1,79	2,18	-0,05	-2,24%
Persönliche Ausgaben SN A	55,56	30,88	55,92	43,83	55,91	0,35	0,63%
sächlicher Ver- waltungs- und Betriebsaufwand	42,83	25,42	42,61	32,45	42,56	-0,27	-0,63%
Zuweisungen und Zuschüsse	36,18	30,42	36,94	35,13	36,70	0,52	1,44%
sonstige Finanzausgaben	76,63	42,92	75,72	46,99	75,83	-0,80	-1,04%
Ausgaben gesamt:	213,43	131,05	213,32	160,19	213,18	-0,25	-0,12%

1.2. a) Sonstige Personalausgaben

Die sonstigen Personalausgaben werden sich voraussichtlich im Jahresergebnis um rd. 0,05 Mio. € verringern. Damit wird die Tendenz der Prognosen zum 30.04. und 31.07. bestätigt.

1.2. b) Personalausgaben SN A

Die Personalkostenanalyse der Personalverwaltung geht von einem voraussichtlichen Jahresgesamtergebnis im Bereich des SN A von 55,91 Mio. €.

Der vorhersehbare Ausgabenmehrbedarf wird sich auf rd. 0,35 Mio. € belaufen. In welcher betragslichen Höhe Einsparungen durch die sechsmonatige Wiederbesetzungssperre erzielt werden können, lässt sich derzeit noch nicht genau beziffern.

1.2. c) Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand

Die für einen Teil des sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwandes verfügte haushaltswirtschaftliche Teilsperre gemäß § 28 GemHVO kann in Teilbereichen der Verwaltung umgesetzt werden. Die dort erzielten Einsparungen werden aber durch unabweisbare Mehrausgaben in anderen Bereichen (gesetzliche Pflichtausgaben, Verkehrssicherungspflicht usw.) aufgezehrt, so dass derzeit von einer Minderausgabe von insgesamt rd. 0,27 Mio. € ausgegangen wird.

Die Organisationseinheiten sind weiterhin bemüht, durch eine restriktive Mittelbewirtschaftung mögliche Einsparpotenziale auszuschöpfen. Die Fachausschüsse werden hierüber entsprechend in Kenntnis gesetzt.

1.2. d) Zuweisungen und Zuschüsse

Die im Jahresergebnis für die Zuweisungen und Zuschüsse vorhersehbare Ausgabenausweitung von rd. 0,52 Mio. € ist im Wesentlichen auf Mehrausgaben im Bereich der Betriebskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen in Höhe von rd. 1,25 Mio. € zurückzuführen.

1.2. e) Sonstige Finanzausgaben

Aufgrund des prognostizierten Einnahmerückganges bei der Gewerbesteuer nach Ertrag werden Minderausgaben bei der Gewerbesteuerumlage in Höhe von voraussichtlich rd. 0,83 Mio. € erwartet. Bei der Finanzierungsbeteiligung Fond Deutsche Einheit wird sich das Jahresergebnis um rd. 0,37 Mio. € gegenüber der Planvorgabe verbessern.

Die v. g. Verbesserungen werden durch Mehrausgaben in anderen Bereichen teilweise aufgezehrt, so dass für die Ausgabeart der Sonstigen Finanzausgaben im Jahresergebnis mit Minderausgaben von rd. 0,80 Mio. € zu rechnen sein wird.

1.3. Verwaltungshaushalt – Entwicklung des Zuschussbedarfes – (in Mio. €)

	HH-Soll	AO-Soll 31.07.02	Prognose 31.07.02 zum Jahres- ergebnis 2002	AO-Soll 31.10.02	Prognose 31.10.02 zum Jahres- ergebnis 2002	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH-Soll	Ab- weichung der Prognose 31.10.02 vom HH- Soll in %
<u>Einnahmen</u> <u>gesamt:</u>	188,14	125,39	178,02	151,89	171,74	-16,40	-8,72%
<u>Ausgaben</u> <u>gesamt:</u>	213,43	131,05	213,32	160,19	213,20	-0,23	-0,11%
<u>Zuschuss(-) /</u> <u>Überschuss(+)</u>	-25,29	-5,66	-35,30	-8,30	-41,46	-16,17	63,94%
<u>nachrichtlich:</u> <u>Zuschuss(-) / Überschuss(+)</u> <u>ohne Berücksichtigung der nicht</u> <u>realisierbaren Aktienerlöse</u>					-33,46	-8,17	32,31%

Der tabellarisch ausgewiesene Zuschussbedarf von rd. 25,29 Mio. € im Haushalts-Soll setzt sich aus dem zu finanzierenden Fehlbetrag aus Vorjahren in Höhe von rd. 23,70 Mio. € und einem für 2002 geplanten originären Defizit von rd. 1,59 Mio. € zusammen.

Auf der Grundlage der Prognosen der Organisationseinheiten aller Geschäftsbereiche zum 31.10.2002 erhöht sich das originäre Defizit in 2002 um voraussichtlich **rd. 14,68 Mio. €** auf **rd. 16,27 Mio. €**

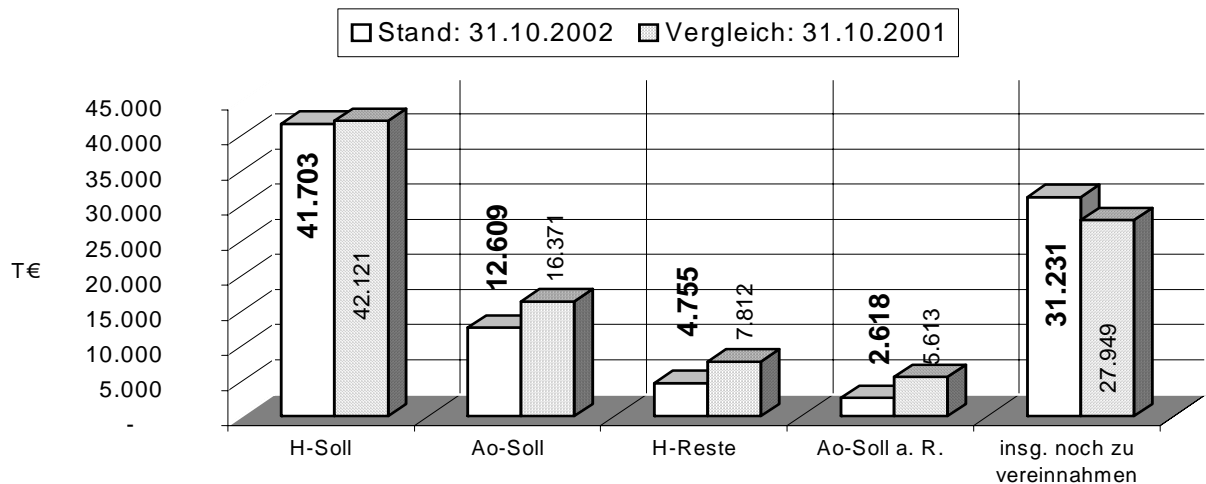
Betrachtet man ausschließlich das operative Geschäft der Verwaltung (ohne Berücksichtigung der Zuführung vom Vermögenshaushalt – Verkauf der RWE-Aktien –), so würde das Jahresergebnis mit einem originären Fehlbedarf in Höhe von **rd. 8,17 Mio. €** abschließen.

Gegenüber der Prognose zum 31.07.2002 bedeutet dies eine Verbesserung von rd. **1,84 Mio. €**

Die Erosion der wichtigsten Steuerquellen des Haushaltes führt zu einer dramatischen Verschlechterung des Gesamtjahresergebnisses, das die mittelfristige Haushaltskonsolidierungslinie der Stadt nachhaltig negativ beeinflusst. Die in 2002 nicht realisierten Veräußerungserlöse müssen in 2003 erneut (zusätzlich) veranschlagt werden, um damit das den Gesamthaushalt der Stadt enorm belastende Gesamtdefizit zu reduzieren. Eine deutlich positivere Entwicklung des RWE-Aktienkurses ist allerdings hierfür Voraussetzung.

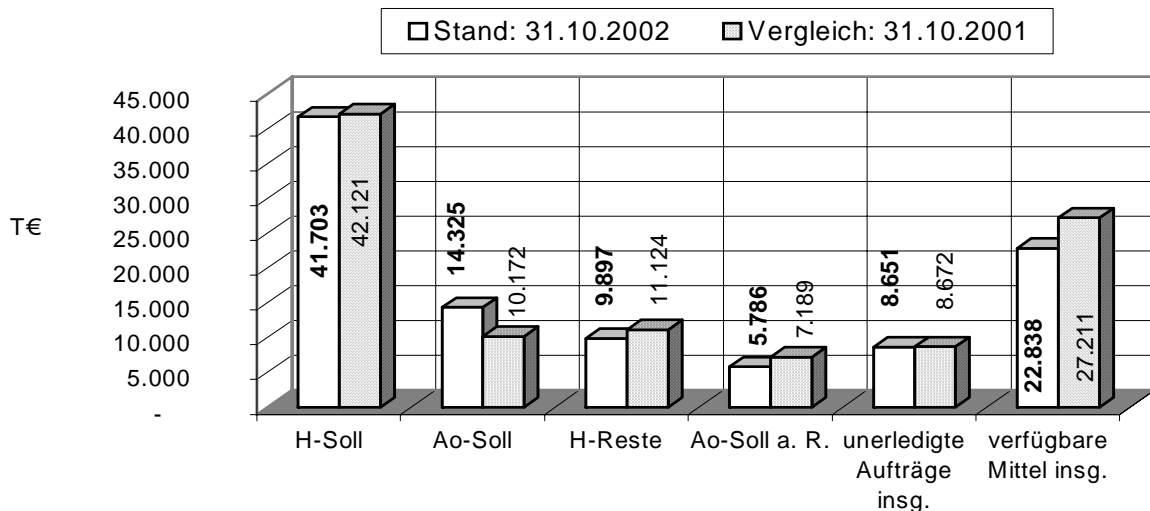
2. VERMÖGENSHAUSHALT

2.1 Vermögenshaushalt – E i n n a h m e n – (Tabelle in T€)



(55,97%) 100% / 30,24% (39,26%) / 100% / 55,06% (71,86%) / 67,22%
 (In Klammern: Werte zum 31.10.2001)

2.2 Vermögenshaushalt - A u s g a b e n – (Tabelle in T€)



100% / 34,35% (24,15%) / 100% / 58,46% (64,63%) / 16,77% (16,29%) / 44,26% (51,11%)
 (In Klammern: Werte zum 31.10.2001)

2.3 Erläuterungen zur Abwicklung des Vermögenshaushaltes

Bis zur Genehmigung des Haushaltes durch den Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein – als untere staatliche Verwaltungsbehörde – am 22.05.2002 mussten die Vorschriften der vorläufigen Haushaltsführung beachtet werden.

Im Einnahmebereich sind gegenüber dem Vorjahr (absolut) zum Berichtszeitpunkt rd. 3,7 Mio. € weniger zum Soll gestellt worden. Dies liegt insbesondere darin begründet, dass in 2001 bereits die RWE-Aktien-Verkäufe realisiert waren. Wie bereits im

Bericht zum Verwaltungshaushalt dargelegt, wird in diesem Jahr voraussichtlich keine Veräußerung erfolgen.

Zum anderen ist festzustellen, dass Landeszuschüsse für investive Maßnahmen hinsichtlich ihrer Kassenwirksamkeit mit nicht unerheblicher zeitlicher Verzögerung (teilweise über Jahre „gestreckt“) bewilligt werden. Dadurch entstehen Liquiditätsprobleme und nicht zu vernachlässigende Vorfinanzierungskosten.

Zum 31.10.2002 sind 55,74 % der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel durch getätigte Ausgaben und erteilte Aufträge gebunden. Im Vorjahr (31.10.2001) bestand, auch weil die Genehmigung des Haushaltes ca. 6 Wochen später erfolgte, ein Bewirtschaftungsstand der gebundenen Mittel von 48,89 %.

Neben den bis zum 31.10.2002 veranlassten Ausgaben (AO-Soll + AO-Soll auf Reste) von insgesamt rd. 20,11 Mio. € (38,97 %) wurden Aufträge in einer Höhe von rd. 8,64 Mio. € (16,77 %) erteilt.

Da sich einige Maßnahmen in 2002 bzgl. ihres Baubeginns verzögert haben, wird bereits jetzt von einem nicht unerheblichen Bestand an unbewirtschafteten Positionen zum 31.12.2002 ausgegangen, über deren weitere Verwendung (z. B. Haushaltsrest, Neuveranschlagung, Absetzung) am Jahresende zu entscheiden ist. An dieser Stelle wird auch auf die maßnahmenbezogene Berichterstattung der Organisationseinheiten in den jeweiligen Fachausschüssen verwiesen.

3. KASSENLAG

Am 11.10.2002 wurden die erlassenen Bewirtschaftungssperren (20 % Mittelfreigabe pro Quartal), die unterjährig einen gleichmäßigen Mittelabfluss gewährleistet haben, aufgehoben.

Somit können die Organisationseinheiten ab dem o. g. Zeitpunkt über die vom Rat am 27.02.2002 beschlossenen Haushaltsansätze – mit Ausnahme der von der haushaltswirtschaftlichen Teilsperre betroffenen Haushaltsstellen – im vollem Umfang verfügen.

Zum Jahresbeginn 2002 betrug das Kassenkreditvolumen zur Sicherung der Kassenliquidität rd. 48,57 Mio. €. Die in § 4 der Haushaltssatzung 2002 festgesetzte Obergrenze von 70 Mio. € für Kassenkredite wurde im 3. Quartal 2002 tangiert. Zum Berichtszeitpunkt 31.10.2002 haben sich die Kassenkredite auf ein Niveau von rd. 65,59 Mio. € ausgeweitet.

Gegenüber dem Stand des Vorjahres (31.10.2001) von rd. 48,57 Mio. € bedeutet dies eine Zunahme von rd. 35,02 %.

Die für die Kassenkredite aufzubringenden Zinssätze bewegen sich zum 31.10.2002 in einer Bandbreite zwischen 0,76 % und 3,33 %. Bis zum Berichtszeitpunkt wurden bereits rd. 2,0 Mio. € an Zinszahlungen zur Sicherung der Kassenliquidität aufgewendet.

Der voraussichtlich aufzubringende Gesamtbetrag für Kassenkreditzinsen wird sich in diesem Haushaltsjahr auf rd. 2,05 Mio. € belaufen. Das entspricht einer täglichen Zinsbelastung von rd. 5.616 €. Nur durch das günstige Zinsniveau können die Mehrausgaben für Kassenkreditzinsen auf rd. 0,25 Mio. € gegenüber dem Haushaltsansatz begrenzt werden.

In Vertretung

gez. Reinhold Baumeister

Reinhold Baumeister

I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Kämmerei
Bearbeitet von: Herrn Erner und Herrn Reisch

Datum
02.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

18.12.2002

Betreff:

Einbringung des Entwurfs der Haushaltssatzung/des Haushaltsplans 2003, des Investitionsprogramms 2002 - 2006 sowie der 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts 1994 für das Haushaltsjahr 2003

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen nimmt

- den Verwaltungsentwurf von Haushaltssatzung / Haushaltsplan 2003 und den Vorbericht mit Anlagen,
- das Investitionsprogramm 2002 – 2006 und
- die 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Jahr 2003 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2002 bis 2006/2013

zur Kenntnis.

Die Entwürfe werden zur Einzelberatung an die Bezirks- und Fachausschüsse überwiesen.

Sachverhalt / Begründung:

Als Anlage lege ich vor:

1. den Entwurf der Haushaltssatzung / des Haushaltsplanes 2003
2. den Entwurf des Investitionsprogrammes 2002 bis 2006
3. den Vorbericht einschl. der vorgeschriebenen weiteren Anlagen zum Haushaltsplan sowie der Erläuterungen zu einzelnen Haushaltsplanveranschlagungen.

Nachgereicht wird:

4. die 9. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Jahr 2003 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2002 bis 2006/2013

Der Entwurf der Haushaltssatzung 2003 schließt wie folgt ab:

<u>Verwaltungshaushalt</u>	in der Einnahme mit	176.530.100 EUR
	in der Ausgabe mit	<u>213.915.100 EUR</u>
mithin Fehlbedarf gesamt		<u>37.385.000 EUR</u>
hiervon Fehlbetragsabdeckung 2001		24.658.000 EUR
somit originärer Fehlbedarf in 2003 *)		<u>12.727.000 EUR</u>

<u>Vermögenshaushalt</u>	in der Einnahme und Ausgabe mit	47.883.800 EUR
--------------------------	---------------------------------	----------------

In § 2 ist eine Kreditaufnahme zur Finanzierung von investiven Ausgaben im Vermögenshaushalt vorgesehen von	4.282.000 EUR
---	---------------

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen zur Leistung investiver Ausgaben nach § 3 beträgt	20.700.000 EUR
---	----------------

Der Höchstbetrag der Kassenkredite nach § 4 beträgt	100.000.000 EUR
---	-----------------

Die Steuerhebesätze nach § 5 werden wie folgt festgesetzt:

für die Grundsteuer A	
- Land- und forstwirtschaftliche Betriebe -	190 v. H.
für die Grundsteuer B	
- Grundstücke -	410 v. H.
für die Gewerbesteuer nach Ertrag	450 v. H.

***) Unter Berücksichtigung einer Zuführung vom Vermögenshaushalt i. H. v. 8,0 Mio. €**

In § 6 wurde wiederum eine Vorschrift über die Einbeziehung der Regelungen des Haushaltssicherungskonzeptes aufgenommen.

Dieser Vorlage beigelegt sind weiterhin tabellarische Aufstellungen von investiven Maßnahmen, die nicht im Investitionsprogramm 2002 – 2006 berücksichtigt sind.

Die Anlage 1 a) beinhaltet dabei Maßnahmen, die von den Fachbereichen/Instituten im Rahmen des Aufstellungsverfahrens zum Haushaltsentwurf 2003 angemeldet wurden, jedoch keine Berücksichtigung finden konnten. Das Gesamtausgabebvolu-

men dieser Maßnahmen beträgt rd. **37 Mio. €** der städtische Eigenanteil wird auf rd. **11,5 Mio. €** geschätzt.

In der Anlage 1 b) sind weitere sich in Planung bzw. Diskussion befindliche Maßnahmen aufgelistet, die nach Kategorien getrennt dargestellt sind. Der Gesamtausgabebedarf beträgt hier rd. **79 Mio. €** der städtische Eigenanteil würde sich auf rd. **42 Mio. €** belaufen.

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Ulf Stötzel

2. z. V. "Haushalt 2003"

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: 2
Anlage 1a)
Anlage 1b)

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Bearbeitet von: Herrn Baumeister

Datum
04.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat	- zur Einbringung des Haushaltes am 18.12.2002 -	18.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss		19.02.2003
Rat		26.02.2003

Betreff:

**Entwurf des Haushaltes 2003;
hier: Grundsatzbeschluss**

Beschlussvorschlag:

1. Der Rat der Stadt stellt fest:

- Die derzeitige Finanzausstattung der Stadt Siegen gefährdet die kommunale Selbstverwaltung sowie die der Stadt übertragenen Verpflichtungen zur Daseinsfür- und –vorsorge gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern.
- Trotz überproportionaler, extern verursachter Finanzbelastungen durch Steuerrechtsänderungen, konjunkturelle Einbrüche und ständige Verletzungen des Konnexitätsprinzipes gibt es keine Alternative zu einer eigenen städtischen Haushaltskonsolidierung.
- Die Stadt Siegen wird bei Fortsetzung und Intensivierung ihrer eigenen Anstrengungen, bei gleichzeitig unabdingbarer Verbesserung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, ihre Altdefizite und ihre jährlichen originären Haushaltsdefizite so nachhaltig abbauen, dass damit die kommunale Handlungsfähigkeit strukturell zurückgewonnen wird.

- Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Stadt Siegen ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) aufgestellt. Die aus dem HSK resultierende mittelfristige Finanzplanung hat szenarischen Charakter, denn sie steht im Wesentlichen in unabdingbarer Abhängigkeit von übergeordneten (externen) und damit nicht beeinflussbaren Entscheidungen und Entwicklungen.

2. Der Rat der Stadt erwartet:

- Die Unterstützung des Gesetzgebers in Bund und Land bei der Neuausrichtung der gemeindlichen Finanzen unter besonderer Berücksichtigung des Konnexitätsprinzipes (wer Leistungen beschließt, hat die Finanzierung sicherzustellen) und das Erfordernis zu einer Reform des Gemeindefinanzausgleiches.
- Die Unterstützung der Aufsichtsbehörden (Innenministerium, Bezirksregierung, Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein) zur Wiedererlangung der kommunalen Handlungsfähigkeit in notwendigen Korridoren, das heißt auch Unterstützung bei Förderprogrammen, die nachhaltig zur Sicherstellung städtischer Entwicklungsgrundlagen und für Aufgaben des Strukturwandels sowie zur Stärkung der städtischen (oberzentralen) Infrastruktur zu nutzen sind.

3. Der Rat der Stadt beschließt:

- Die grundsätzliche Erhaltung der städtischen Infrastruktur, insbesondere in den Bereichen Jugend, Soziales, Gesundheit, Schule, Sport und Kultur,
a b e r
partielle Einschränkungen und Standardabsenkungen ohne Gefährdung der Grundstrukturen. Zur Erwirtschaftung von weiteren (Teil-) Konsolidierungsbeiträgen für den Verwaltungshaushalt 2003 ff. fasst der Rat der Stadt die sich aus den *Anlagen 1 und 2*, Buchstabe a) bis f), ergebenden Beschlüsse.

Sachverhalt / Begründung:

Die Finanzlage der Stadt Siegen hat sich trotz jahrelanger Spar- und Konsolidierungsanstrengungen weiter, und zwar nachhaltig, dramatisch verschlechtert. So weist der Entwurf des Verwaltungshaushaltes ein Gesamtdefizit von 37,4 Mio. € aus. Unter Berücksichtigung der noch abzudeckenden Altfehlbeträge unter Einschluss des (sich verschlechternden) Jahresergebnisses 2002 beläuft sich die kumulierte Haushaltsunterdeckung auf über 70 Mio. €.

Ursächlich hierfür sind ausschließlich externe Einflüsse, wie

- Erosion der tragenden Steuereinnahmen,
- überproportionaler Anstieg der gesetzlichen Aufgaben- und Ausgabeverpflichtungen,
- nach wie vor ungebremste Übertragung zusätzlicher Aufgaben durch Bund und Land ohne entsprechenden finanziellen Ausgleich.

Die Stadt Siegen ist wegen der bereits seit Jahren durchgeführten Sparaktionen und der damit verbundenen weitgehenden Ausschöpfung des Konsolidierungspotenziales nicht mehr in der Lage, neue Konsolidierungspakete in beliebiger Höhe zu schnüren, zumal der kommunale Haushalt ganz überwiegend zugewiesene Pflichtaufgaben bedient.

Die bisher in den Haushaltssicherungskonzepten formulierten Einsparziele wurden erfüllt. Neue extern verursachte Defizite, wie sie sich insbesondere in den Haushalten 2002 und 2003 ergeben, können allerdings nicht mehr aufgefangen werden. Dies ist nur noch durch eine grundlegende Verbesserung der kommunalen Finanzausstattung im Zuge einer Gemeindefinanzreform möglich. Gleichwohl kann sich die Stadt aus ihren bisherigen Konsolidierungsanstrengungen nicht verabschieden, sie muss diese vielmehr noch verstärken, auch um überhaupt in die Nähe eines genehmigungsfähigen Haushaltes/HSK zu gelangen. Dies bedeutet, dass bisher gewohnte Leistungsangebote und Standards der Stadt gegenüber ihren Bürgerinnen und Bürgern, Vereinen und Verbänden auf Dauer nicht aufrechterhalten werden können. So müssen angesichts der Haushaltsentwicklung erstmals im Jahre 2003 Eingriffe in bisher tabuisierte Bereiche der so genannten freiwilligen Ausgaben vorgenommen werden, die sicher im Einzelfall für die jeweils Betroffenen schmerzlich, aber letztlich zur Sicherstellung der Genehmigungsfähigkeit des Haushaltes unabweisbar sind.

Wichtig ist, dass mit den im Haushalt 2003 vorgenommenen Kürzungen zwar Einschränkungen in freiwilligen Bereichen verbunden sind, eine Politik des Kahlschlags, die das Wegbrechen von bisherigen Strukturen befürchten lässt, jedoch nicht stattfindet.

In diesem Zusammenhang wird auf die Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 22.05.2002 zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für das Haushaltsjahr 2002 verwiesen, in der die Aufsichtsbehörde – zum wiederholten Male – auch zu den freiwilligen Ausgaben wie folgt Stellung genommen hat:

„In so genannten freiwilligen Bereichen und in Bereichen, die nicht unbedingt dem gesetzlichen Aufgabenbereich zuzuordnen sind, ergeben sich gegenüber dem Vorjahr zum Teil neue Ausgaben, höhere Ausgaben bzw. höhere Zuschussbedarfe. Ich erwarte, dass in diesem Bereich alle eventuell bestehenden Konsolidierungsmaßnahmen geprüft und umgesetzt werden.“

und

„Ziel muss es nach wie vor sein, einen früheren Ausgleich unter Einbeziehung der Altfehlbeträge zu erreichen. Hierzu sind, wenn dieses Ziel nicht anders zu erreichen ist, sowohl im freiwilligen Bereich als auch in den Bereichen, die nicht unbedingt dem gesetzlichen Bereich zuzuordnen sind, Haushaltsverbesserungen erforderlich.“

Im Lichte dieser kommunalaufsichtsrechtlichen Aufforderung hat die Verwaltung den Haushalt des Jahres 2003 konzipiert.

Unabhängig von den noch zu beratenden weiteren Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Aufgabenkritik“ wurden bereits in den Haushaltsentwurf 2003 gegenüber den bisherigen Haushaltsplanveranschlagungen Kürzungen eingearbeitet, die für ihre Umsetzung teilweise wegen bestehender Beschlusslagen einer besonderen Entscheidung des Rates der Stadt bedürfen.

In der *Anlage 1* sind alle Haushaltsstellen/Maßnahmen im so genannten freiwilligen Bereich aufgeführt, die im vorliegenden Entwurf des Haushaltes 2003 eine Kürzung erfahren haben. Über diese Maßnahmen entscheidet der Rat der Stadt im Rahmen seines Etatrechtes, und zwar ohne dass dadurch Korrekturen vorangegangener Einzelbeschlüsse erforderlich sind.

In der *Anlage 2* sind die Haushaltsstellen/Sachverhalte dargestellt, die im Sinne der vorstehenden Ausführungen für ihre Umsetzung einen besonderen Ratsbeschluss erforderlich machen.

Zur nachhaltigen Bekräftigung der Erwartungen der Stadt gegenüber Bund, Land und Aufsichtsbehörde, aber auch zur Dokumentation der ungebrochenen eigenen Bereitschaft, die bisherigen Haushaltskonsolidierungsbemühungen fortzusetzen und weiterzuentwickeln, schlägt die Verwaltung die Fassung eines Grundsatzbeschlusses in der vorgeschlagenen Form vor.

In Vertretung

gez. Ulf Stötzel

gez. Reinhold Baumeister

Ulf Stötzel

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Anlagen (2)

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Kämmerei
Bearbeitet von:

Datum
29.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat	18.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss	19.02.2003
Rat	26.02.2003

Betreff:

**2. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Grundsteuern vom 16. Februar 1999;
hier: Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuer B ab 01. Januar 2003**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die 2. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Grundsteuern vom 16. Februar 1999 gemäß der Anlage 1 zu dieser Vorlage, mit der der Hebesatz für die Grundsteuer B (bebaute und unbebaute Grundstücke) ab 1. Januar 2003 von 390 v. H. auf 410 v. H. angehoben wird.

Sachverhalt / Begründung:

1. Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten

In der Genehmigungsverfügung des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 22. Mai 2002 zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) 1994 für das Haushaltsjahr 2002 wurde **zum wiederholten Male** darauf hingewiesen und beanstandet, dass u. a. der Hebesatz bei der Grundsteuer B in der Stadt Siegen mit derzeit 390 v. H. **nicht deutlich** - wie im v. g. Handlungsrahmen gefordert - über dem landesdurchschnittlichen Hebesatz bei der maßgeblichen Gemeindegrößenklasse von derzeit noch **383 v. H.** liegt. Gleichzeitig hat der Landrat in seiner Genehmigungsverfügung die Erwartung geäußert, dass die Stadt Siegen hier eine entsprechende Überprüfung und Korrektur bzw. eine adäquate Kompensation der dadurch ausfallenden Einnahmen vornimmt.

Allgemein wird davon ausgegangen, dass in Haushaltssicherungskommunen die landesdurchschnittlichen Hebesätze um **mindestens 15 %-Punkte** überschritten werden. Dies würde für die Stadt Siegen - ausgehend von den v. g. 383 v. H. - einen Hebesatz bei der Grundsteuer B von 398 v. H. bedeuten.

In diesem Zusammenhang ist noch zu erwähnen, dass - unabhängig von der Gemeindegrößenklasse - der durchschnittliche Hebesatz bei der Grundsteuer B in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2001 bei 405 v. H. (in 2000: 401 v. H.) lag.

Es muss jedoch davon ausgegangen werden, dass der v. g. landesweite Durchschnittswert bereits heute, zumindest aber ab dem Jahre 2003, keine Gültigkeit mehr haben wird. Aufgrund der Änderung des fiktiven Hebesatzes bei der Grundsteuer B (vgl. nachfolgend Ziffer 2) wird eine Vielzahl von Kommunen gezwungen sein, eine Erhöhung der tatsächlichen Hebesätze vorzunehmen, was dann in der Konsequenz zu einer deutlichen Erhöhung des v. g. Durchschnittswertes führt.

Der Anlage 2 sind zum Vergleich die Hebesätze für die Grundsteuer B des Jahres 2002 von 50 nordrhein-westfälischen Städten zu entnehmen. Dabei wird erkennbar, dass, selbst nach der vorgesehenen Erhöhung, der Hebesatz der Stadt Siegen durchaus noch als moderat bezeichnet werden kann. Die derzeitigen sowie die für das Jahr 2003 geplanten Hebesätze der Städte und Gemeinden im Kreis Siegen-Wittgenstein sind aus der Anlage 3 ersichtlich.

Mit Verwaltungsvorlage Nr. 2048/2002 vom 18.06.2002 wurde dem Haupt- und Finanzausschuss zu seiner Sitzung am 03.07.2002 (TOP 8) und dem Rat der Stadt zu seiner Sitzung am 17.07.2002 (TOP 9) die Genehmigungsverfügung des Landrates zum HSK zur Kenntnis gegeben. In diesem Zusammenhang wurde bereits auf die Notwendigkeit einer Anhebung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B ab dem Jahr 2003 hingewiesen und eine entsprechende Beratungsvorlage angekündigt.

2. Anhebung des fiktiven Hebesatzes für die Grundsteuer B gemäß Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) - Entwurf 2003 -

Der Entwurf des GFG 2003 sieht die Anhebung des fiktiven Hebesatzes bei der Grundsteuer B (zur landesweit gewichteten Ermittlung der jeweiligen örtlichen Steuerkraft) **von derzeit 330 v. H. auf 401 v. H.** ab 2003 vor. Nach derzeitigem Erkenntnisstand ist davon auszugehen, dass auf diese Erhöhung ein 5-prozentiger Abschlag vorgenommen wird. Der fiktive Hebesatz wird demnach auf **381 v. H.** festgelegt. Dies stellt eine Steigerung (gegenüber derzeit 330 v. H.) um 51 Punkte bzw. 15,5 % dar.

Für die Stadt Siegen bedeutet dies - wie für alle NRW-Kommunen -, dass hierdurch bei der Ermittlung der Steuerkraft zur Berechnung der jährlichen Schlüsselzuweisungen ein deutlich höheres fiktives Aufkommen bei den Einnahmen aus der Grundsteuer B zugrundegelegt wird, als es nach dem bisherigen Berechnungsmodus der Fall war.

Durch diese Anhebung des fiktiven Hebesatzes um 51 %-Punkte wird sich für die Stadt Siegen bei den Schlüsselzuweisungen 2003 eine rechnerische **Mindereinnahme von rd. 1,47 Mio. €** ergeben.

3. Haushaltswirtschaftliche Lage

Die Haushaltssituation der Stadt Siegen ist bekannt. Zuletzt wurde dem Haupt- und Finanzausschuss zur Sitzung am 04.12.2002 und dem Rat der Stadt zur Sitzung am 18.12.2002 ein Bericht über den Haushaltsvollzug im laufenden Haushaltsjahr vorgelegt. Zusammenfassend ist festzustellen, dass die finanzielle Lage der Stadt mit den Attributen "prekär" oder "katastrophal" nur noch unzureichend zu umschreiben ist. Die Gründe, die zu dieser schon als dramatisch zu bezeichnenden Entwicklung geführt haben, wurden in den vergangenen Haushaltsplanberatungen und auch bei anderen Anlässen wiederholt dargestellt und erörtert.

Aufgrund der gegebenen finanziellen Situation ist es einerseits unverzichtbar, den eingeschlagenen Spar- und Konsolidierungskurs uneingeschränkt fortzusetzen. Andererseits ist die Stadt Siegen jedoch auch auf die solidarische Hilfe ihrer Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Neben der unabdingbaren Verbesserung der finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Kommunen durch gesetzliche Maßnahmen, kann nur durch gemeinsame Anstrengungen das Ziel der Wiederherstellung gesunder finanzieller Verhältnisse und damit die Schaffung von Gestaltungsspielräumen im Interesse der Bürgerinnen und Bürger erreicht werden. Angesichts der anhaltenden Schwäche der städtischen Finanzkraft müssen haushaltsstrukturverbessernde Maßnahmen umgesetzt werden, um u. a. die tragenden Einnahmesäulen des Verwaltungshaushaltes dauerhaft zu festigen und damit letztlich auch dazu beizutragen, dass ein originärer Haushaltsausgleich innerhalb des gesetzlich vorgeschriebenen 5-jährigen Finanzplanungszeitraumes erreicht wird und somit auch die Voraussetzung für eine Genehmigungsfähigkeit des fortzuschreibenden Haushaltssicherungskonzeptes 2003 geschaffen werden kann.

Der aktuelle Hebesatz bei der Grundsteuer B beträgt seit dem 01.01.2001 390 v. H.. Im Haushaltsjahr 2001 betrug das Rechnungsergebnis bei dieser Einnahmeart rd. 12,77 Mio. €. Dies entspricht einem Anteil von rd. 7,2 % an den Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushalts dieses Jahres. Das HH-Soll 2002 (HHSt. 1.900.0010.9) beträgt 13 Mio. €. Bezogen auf diesen Ansatz führt eine Erhöhung der Grundsteuer B um 20 %-Punkte zu **Mehreinnahmen** von **rd. 667 T€**. In Erwartung einer positiven Beschlussfassung durch den Rat wurde im Entwurf des Haushalts 2003 bereits eine Einnahmeerwartung von 13,67 Mio. € etatisiert.

Im Übrigen wird auf die nochmaligen generellen Ausführungen zur finanzwirtschaftlichen Lage in der gesonderten Vorlage zur Einbringung des Entwurfs des Haushalts 2003 verwiesen.

4. Zusätzliche Belastung der Grundstücks- und Wohnungseigentümer sowie der Wohnungsmieter

Die sich für die jeweiligen Grundstücksarten bei der Grundsteuer B aus der Hebesatzerhöhung ergebenden Mehrbelastungen resultieren aus Modellberechnungen und sind aus der Anlage 4 ersichtlich. Daraus ergibt sich in Abhängigkeit vom festgesetzten Einheitswert z. B. für ein Einfamilienhaus eine jährliche Mehrbelastung von 11,02 Euro und für ein Mehrfamilienhaus von 25,87 Euro, wobei hier dieser Betrag noch auf die Anzahl der Wohnungen umgelegt wird.

5. Notwendigkeit einer gesonderten Verwaltungsvorlage

Die Notwendigkeit einer gesonderten Verwaltungsvorlage zur Hebesatzerhöhung bei der Grundsteuer B ab dem 01.01.2003 um 20 %-Punkte wird darin gesehen, dass bei einer entsprechenden positiven Beschlussfassung durch den Rat der Stadt im Rahmen der Haushaltssatzung 2003 die Erhöhung erst nach Genehmigung des fortgeschriebenen Haushaltssicherungskonzeptes für das Jahr 2003 wirksam wird.

Da mit einer Genehmigung erfahrungsgemäß erst in der zweiten Jahreshälfte zu rechnen ist, könnte erst dann die erhöhte Veranlagung zur Grundsteuer B rückwirkend zum 01.01.2003 erfolgen, was zu vermeidbaren einmaligen Nachzahlungen für die Betroffenen führen würde.

Vor diesem Hintergrund wird vorgeschlagen, die Anhebung des Hebesatzes bei der Grundsteuer B unabhängig von der Haushaltssatzung 2003 durch einen gesonderten Satzungsbeschluss vorzunehmen.

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein (Mehreinnahmen 2003 ca. 0,67 Mio. €)

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt-bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH - Entwurf 2003	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit 13,67 Mio. €	Haushaltsstelle 1.900.0010.9
-----------------------------------	---	-------------------------------	--	---------------------------------

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter und Stadtkämmerer

Ulf Stötzel
Bürgermeister

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input checked="" type="checkbox"/> Ja, mit 13,67 Mio €	Haushaltsstelle 1.900.0010.9
-----------------------------------	--	-------------------------------	--	---------------------------------

Anlagen: 4
Satzungstext
Realsteuerhebesätze
Hebesätze im Siegerland
Auswirkungen der Erhöhung

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Kämmerei
Bearbeitet von: Herr Ladda

Datum
5. November 2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

04.12.2002

Rat

18.12.2002

Betreff:

Beteiligungsbericht der Stadt Siegen 2002

Beschlussvorschlag:

Nach § 112 Abs. 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen ist zur Information der Ratsmitglieder sowie der Einwohnerinnen und Einwohner ein Bericht über die Beteiligung der Stadt an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zu erstellen und jährlich fortzuschreiben.

Der von der Verwaltung erstellte Beteiligungsbericht 2002 ist zur Kenntnisnahme als Anlage beigefügt.

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich

Datum

Fachbereich

Kämmerei

Bearbeitet von:

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

04.12.2002

Rat

18.12.2002

Betreff:

Weisungsrecht des Rates der Stadt Siegen gegenüber Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH zur Sitzung am 10. Dezember 2002;

hier: Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 01. Januar 2003

- Dringlichkeitsentscheidung gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW -

Beschlussvorschlag:

1. Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, weil es sich um einen Fall äußerster Dringlichkeit handelt, gem. § 60 Abs. 1 Satz 1 GO NW gegenüber den Vertretern der Stadt Siegen im Aufsichtsrat der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH für die Sitzung am 10. Dezember 2002 zum Tagesordnungspunkt 3 "Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2003" keine Weisung nach § 113 Abs. 1 GO NW zu erteilen.
2. Der Rat der Stadt Siegen genehmigt vorstehende Dringlichkeitsentscheidung vom 4. Dezember 2002.

Sachverhalt / Begründung:

Die vom Rat der Stadt Siegen vorgeschlagenen oder bestellten Mitglieder des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH unterliegen nach § 113 Abs. 1 GO NW im Innenverhältnis dem Weisungsrecht des Rates.

Die Tagesordnung für die Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH am 10. Dezember 2002 sieht u. a. die

Neufestsetzung der Erdgas- und Wärmeabgabepreise im Versorgungsgebiet der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH ab 1. Januar 2003

mit einer Erhöhung der Arbeitspreise vor.

Seit der letzten Neufestsetzung der Erdgasabgabepreise zum 1. April 2002 (Senkung der Arbeitspreise) sind die für die Bestimmung des Erdgasbezugspreises der SVB maßgeblichen Referenzzölpreise von 31,04 Ct/l (1. April 2002) auf nunmehr 32,61 Ct/l gestiegen.

Die zum 1. Januar 2003 bezugsvertraglich relevante Ölpreisnotierung liegt bei 30,66 Ct/l. Aufgrund einer geringeren außervertraglichen Rabattierung durch die Vorlieferantin und einem Anstieg des Leistungspreises wird sich der Bezug zum 01.01.2003 jedoch verteuern.

Es ist daher beabsichtigt, die Arbeitspreise bei allen Tarifen und Sonderpreisen linear um

0,1 Ct/kWh zu erhöhen.

Darüber hinaus ist eine Erhöhung des Arbeitspreises für die Versorgung mit Wärme um **0,16 Ct/kWh** und Warmwasser um **0,13 €/m³** vorgesehen.

Außerdem soll die Geschäftsführung ermächtigt werden, eventuell bereits zum 1. Januar 2003 wirksame, aber zum heutigen Zeitpunkt noch nicht konkretisierbare Mehrbelastungen aus der beabsichtigten Anhebung der Erdgas- bzw. Heizölsteuer in Höhe der eintretenden Bezugskostensteigerung über die Abgabepreise weiterzugeben, sofern die Bundesregierung einen entsprechenden Beschluss fasst.

Die Beratungsunterlagen zu diesem Tagesordnungspunkt der Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH sind als **Anlage** beigelegt.

Begründung für die Eilbedürftigkeit der Beschlussfassung

Da die Sitzung des Aufsichtsrates der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH bereits am 10. Dezember 2002 stattfindet, ist eine rechtzeitige Beschlussfassung durch den Rat der Stadt Siegen nicht mehr möglich.

In Vertretung

gesehen:

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich	3	Datum
Fachbereich	Ordnung, Gewerbe und Straßenverkehr	19.11.2002
Bearbeitet von:	Michael Haas	

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat ☒ öffentlich ☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss	04.12.2002
Rat	18.12.2002

Betreff:

Erlass von Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass gemäß §§ 14 bzw. 16 des Ladenschlussgesetzes im Jahr 2003

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beauftragt den Bürgermeister, die Ordnungsbehördlichen Verordnungen über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen bzw. an Samstagen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus zu den Veranstaltungen

- Neujahrsempfang am 04.01.2003 - Samstag, 16.00 bis 18.00 Uhr
- Frühlingsfest in Siegen am 30.03.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Frühlingsmarkt in Weidenau am 06.04.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Altstadtfest am 13.09.2003 - Samstag, 16.00 bis 18.00 Uhr
- Herbstfest in Siegen am 28.09. oder 02.11.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Herbstfest in Weidenau am 05.10.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr
- Bürgerfest in Geisweid am 12.10.2003 - Sonntag, 13.00 bis 18.00 Uhr

zu erlassen.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 06.09.2000 im Rahmen der Beratung über den Tagesordnungspunkt „Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen aus besonderem Anlass – Stadtfest Siegen / Bürgerfest Geisweid / Herbstfest Weidenau“ unter anderem beschlossen:

- *Der Rat der Stadt Siegen spricht sich dafür aus, künftig eine zeitgleiche Durchführung von Veranstaltungen in den Stadtteilen Geisweid, Weidenau, Siegen-Mitte und Eiserfeld, die mit einem verkaufsoffenen Sonntag verbunden sind, nicht zuzulassen.*
- *Die Anträge auf Genehmigung eines verkaufsoffenen Sonntags sollen so rechtzeitig vorgelegt werden, dass der Rat spätestens im Februar eines Jahres darüber entscheiden kann.*

Aufgrund einer schriftlichen Anfrage wurden seitens der Vertreter der örtlichen Institutionen bislang folgende Termine für das nächste Jahr angemeldet:

Marktbezirk	Antragsteller	Termin	Anlass
Siegen (alle Marktbezirke)	Gesellschaft für Stadtmarketing Siegen e.V.	Samstag, 04.01.2003 , 16.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 16 LSchIG)	Neujahrsempfang
Siegen	Aktionsring „Unter dem Krönchen“ e.V.	Sonntag, 30.03.2003 , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Frühlingsfest
Weidenau	Werbegemeinschaft Siegerlandzentrum e.V.	Sonntag, 06.04.2003 , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Frühlingsmarkt
Siegen	Gesellschaft für Stadtmarketing Siegen e.V.	Samstag, 13.09.2003 , 16.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 16 LSchIG)	Altstadtfest „Denk mal an die Altstadt“
Siegen	Aktionsring „Unter dem Krönchen“ e.V.	Sonntag, 28.09.2003 oder 02.11.2003 , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Herbstfest
Weidenau	Werbegemeinschaft Siegerlandzentrum e.V.	Sonntag, 05.10.2003 , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Herbstfest
Geisweid	Werbegemeinschaft Geisweid e.V.	Sonntag, 12.10.2003 , 13.00 bis 18.00 Uhr (gem. § 14 LSchIG)	Bürgerfest

Für den Marktbezirk Siegen handelt es sich, abgesehen vom Neujahrsempfang und dem Altstadtfest, um vorläufige Termine. Eine endgültige Festlegung, ob und wann tatsächlich verkaufsoffene Sonntage anlässlich besonderer Veranstaltungen durchgeführt werden sollen, wird sich erst aus einer derzeit laufenden Händlerbefragung ergeben. Ein verkaufsoffener Sonntag anlässlich des im nächsten Jahr anstehenden Rubensfestes ist nach jetzigem Planungsstand nicht vorgesehen.

Im Verwaltungsverfahren wurden gemäß den bestehenden Vorschriften die Sozialpartner angehört.

- Eine Stellungnahme der **Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirksverwaltung Hagen** (ehem. Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen), liegt derzeit noch nicht vor. Es ist aber davon auszugehen, dass die Gewerkschaft aus grundsätzlichen Erwägungen den beabsichtigten Öffnungen der Verkaufsstellen nicht zustimmen wird. In der letztjährigen Stellungnahme wurde zur Begründung unter anderem ausgeführt:
Aus unserer Sicht können die geplanten Veranstaltungen auch ohne Sonderöffnung erfolgreich durchgeführt werden, da die Läden ohnehin samstags bis 16.00 Uhr geöffnet sind.
Wichtig ist darauf hinzuweisen, dass nach einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 18.12.1998 ein zu erwartender Besucherstrom nicht erst durch das Offenhalten der Verkaufsstellen ausgelöst werden soll.
Nach dem Runderlass des MASSKS des Landes NRW vom 07.09.1999 muss bei Freigaben durch Rechtsverordnung nach § 14 Abs. 1 und § 16 Abs. 1 Ladenschlussgesetz stets ein dringendes Bedürfnis zur Versorgung der Besucher bestehen, das zu anderen Zeiten nicht erfüllt werden kann. Die Vermeidung von Wettbewerbsnachteilen allein ist nicht geeignet, den Erlass einer Rechtsverordnung zu begründen.
- Eine Stellungnahme der **Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Bezirk Siegen-Olpe** (ehem. Deutsche Angestelltengewerkschaft), liegt ebenfalls noch nicht vor. Im Vorjahr hat die Gewerkschaft ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sie aus grundsätzlichen Erwägungen heraus gegen eine Änderung des Ladenschlussgesetzes sei.
- Die **Industrie- und Handelskammer Siegen** hat keine Bedenken gegen die beabsichtigten Veranstaltungen. Eine Stellungnahme des **Einzelhandelsverbandes Südwestfalen e.V.** liegt noch nicht vor. Es ist aber davon auszugehen, dass dieser ebenfalls keine grundsätzlichen Bedenken äußern wird.
- Der **Kirchenkreis Siegen** und das **Dekanat Siegen im Erzbistum Paderborn** sprechen sich aus grundsätzlichen Überlegungen gegen verkaufsoffene Sonntage aus.

Voraussetzung für die Zulassung verkaufsoffener Sonntage oder die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten an Samstagen ist eine Veranstaltung, welche erhebliche Besucherzahlen erwarten lässt. Ob diese Voraussetzung gegeben ist, lässt sich in der Regel anhand des vorgesehenen Programmangebotes prüfen. Für die im Jahr 2003 geplanten Veranstaltungen, die mit dem Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen oder an Samstagen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus verbunden sein sollen, sind die Programme zum jetzigen Zeitpunkt im Einzelnen noch nicht bekannt.

Daher bedarf es im Vorfeld jeder Veranstaltung einer gesonderten Prüfung, ob das jeweils vorgesehene Rahmenprogramm hinreichende Anhaltspunkte dafür bietet, dass ein großer Besucherstrom zu erwarten ist, welcher nicht erst durch das Offenhalten der Verkaufsstellen, sondern durch die Veranstaltung selbst ausgelöst wird. Vor Erlass der einzelnen Ordnungsbehördlichen Verordnungen anlässlich der für das Jahr 2003 angemeldeten Termine wird der Bürgermeister diese Prüfung vornehmen.

In den vergangenen Jahren haben Veranstaltungen der Art, wie sie auch im nächsten Jahr beabsichtigt sind, über den Bereich der Stadt Siegen hinaus eine große Anziehungskraft auf die Bevölkerung ausgeübt. Dies hat einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Stadt Siegen in ihrer Funktion als Oberzentrum geleistet. Gleichzeitig wurde durch die Ladenöffnung an Sonntagen sowie an Samstagen über die allgemeinen Ladenschlusszeiten hinaus der Einzelhandel gestärkt.

In diesem Zusammenhang sollte die Entwicklung in den Umlandgemeinden nicht unberücksichtigt bleiben. Dort wurden in den letzten Jahren vermehrt verkaufsoffene Sonntage aus unterschiedlichen Anlässen durchgeführt. Würden in der Stadt Siegen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus zukünftig keine Ausnahmen vom Ladenschlussgesetz mehr für Samstage und Sonntage zugelassen, so hätte dies aufgrund der bestehenden Konkurrenzsituation eine Kaufkraftverlagerung in die Umlandgemeinden zur Folge.

Bei einer zusammenfassenden Bewertung der Einzelbegründungen ist festzustellen, dass in Fortsetzung der ausgeübten Verwaltungspraxis keine rechtlichen Bedenken gegen die Freigabe der beantragten Öffnungszeiten bestehen. Gemäß § 14 Abs. 1 LSchlG dürfen Verkaufsstellen aus Anlass von Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen an jährlich bis zu vier Sonn- und Feiertagen geöffnet sein. Zudem dürfen aus gleichem Anlass gemäß § 16 Abs. 1 LSchlG Verkaufsstellen an jährlich bis zu sechs Werktagen bis spätestens 21.00 Uhr geöffnet sein.

Demnach könnten in der Stadt Siegen, welche in vier Marktbezirke unterteilt ist, insgesamt bis zu 16 verkaufsoffene Sonntage und 24 Verlängerungen der Öffnungszeiten an Werktagen erfolgen. Für das Jahr 2002 soll jedoch insgesamt nur an höchstens sieben Tagen von den Ausnahmeregelungen der §§ 14 bzw. 16 LSchlG Gebrauch gemacht werden. Der gesetzliche Rahmen wird somit bei weitem nicht ausgeschöpft.

Im Falle der Beschlussfassung wird der Bürgermeister – nach eingehender Prüfung der gesetzlichen Voraussetzungen im Einzelfall – die Ordnungsbehördlichen Verordnungen für jeden Anlass gesondert erlassen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Feuerschutz und Rettungsdienst
Bearbeitet von: Herr Sauerland, Herr Ebertz

Datum
19.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Feuerschutzausschuss	03.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss	04.12.2002
Rat	18.12.2002

Betreff:

1. Änderung der Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 29. November 2001; Gebüh- renanpassung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte 1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung für den öffentlichen Krankentransport und Rettungsdienst der Stadt Siegen vom 29. November 2001 mit Wirkung vom 1. Januar 2003.

Sachverhalt / Begründung:

Aufgrund der sich abzeichnenden Kostensteigerungen für 2003 ist es unumgänglich, eine Anpassung der Gebühren im Rahmen der voraussichtlichen Kostenentwicklung und des hochgerechneten Fahrtenaufkommens 2002 für 2003 vorzunehmen. Mit Vorlage Nr. 2031/2002 vom 12.06.2002 wurde dem Feuerschutzausschuss zu seiner Sitzung am 25.06.2002 das betriebswirtschaftliche Abschlussergebnis 2001 mit einem geringen Überschuss von 30.416,00 DM, was einem Kostendeckungsgrad von 100,62 % entspricht, für den Unterabschnitt 160 "Rettungsdienst" vorgelegt.

Anhand des hochgerechneten Fahrtenaufkommens in 2002 (Grundlage bis Ende Oktober) ist davon auszugehen, dass für 2002 - auch bei weiter stabilem Fahrtenaufkommen - keine Kostendeckung erreicht werden kann. Im Jahr 2002 werden die Personalkosten nicht nach KGSt-Durchschnittskosten der Besoldungsgruppe A 7, sondern nach den tatsächlichen hiesigen Ist-Kosten gemäß Besoldungsgruppe A 7 angesetzt. Außerdem führt die Neubeschaffung, insbesondere von Fahrzeugen, zu einem weiteren Anstieg der kalkulatorischen Kosten.

Die Besoldungserhöhung von 2,4 % zum 1. Januar 2002 wirkt zusätzlich kostensteigernd. Zwar wurden die Rettungsdienstgebühren zum 1. Januar 2002 um 1,84 % angehoben, dennoch ist unter der Annahme konstanter Einsatzzahlen von einem weiteren Ergebnismrückgang auszugehen. Der nachstehenden Übersicht sind die Prognosen/Kalkulationen für 2002 und 2003 zu entnehmen.

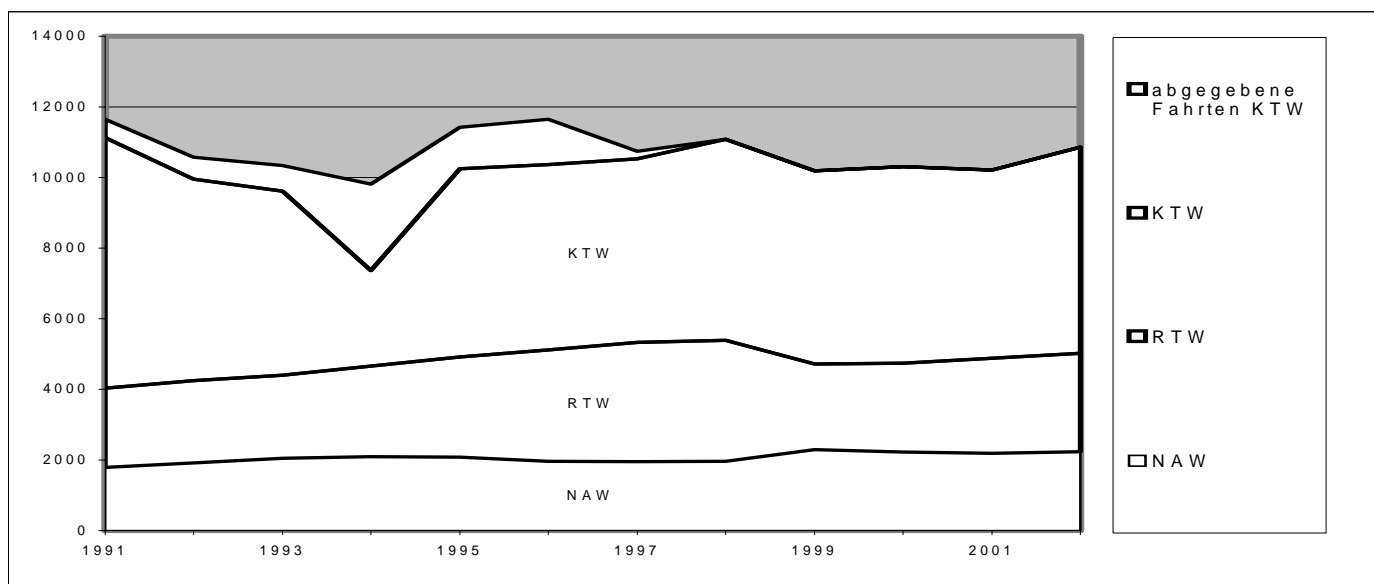
UA 160 – Rettungsdienst - Hochrechnung 2002/Prognose 2003

Kosten-/Erlösarten		Wirtschafts- rechnung 2000 DM	Wirtschafts- rechnung 2001 DM	Voraus. Ergebnis 2002 DM	Voraus. Ergebnis 2002 €	Prognose 2003 €
4100	Persönliche Ausgaben SN A	3.060.591	3.000.989	3.354.248	1.715.000	1.750.000
4160	Sonstige Personalausgaben	256.978	281.224	289.463	148.000	150.000
4165	Kosten Zivildienstleistende	38.799	41.434	41.072	21.000	21.000
5001	Unterhaltung der Gebäude	1.711	9.317	3.912	2.000	2.500
5200	Ergänzung/Unterhaltung des Beweglichen Vermögens	30.537	14.296	41.072	21.000	15.300
5300	Mieten	0	0	3.520	1.800	2.200
5500	Betriebskosten der Fahrzeuge	167.438	170.614	176.025	90.000	100.000
5600	Dienst- und Schutzbekleidung	27.567	43.424	58.675	30.000	30.700
5620	Reise- und Schulungskosten	10.639	17.709	19.558	10.000	10.200
5700	Verbandstoffe/Medikamente	81.228	93.782	105.615	54.000	53.700
6500	Geschäftsausgaben	115.174	112.850	111.482	57.000	57.000
6540	Reisekosten für Fahrer	2.255	2.158	2.543	1.300	1.300
6611	Vermischte Ausgaben	80	88	98	50	50
6790	Erstattung Kostenanteil an Leitstelle	529.534	561.893	616.086	315.000	300.000
6791	Erstattungen Fuhrpark	40.113	24.770	25.426	13.000	13.000
6799	Erstattung Verwaltungskosten	217.500	221.900	223.356	114.200	116.400
6800	Kalkulatorische Abschreibungen	116.472	176.971	199.495	102.000	110.000
6850	Kalkulatorische Zinsen	84.066	98.358	123.217	63.000	63.000
6850	Anteilskosten Leitung FB 6	33.126	31.181	33.249	17.000	17.500
Summe Kosten		4.813.808	4.902.958	5.428.113	2.775.350	2.813.850
1100	Gebühren aus Krankentransporten	4.668.177	4.709.556	5.137.313	2.626.667	2.696.550
1550	Ersatz Fernspreckgebühren	0	0	0	0	0
1570	Vermischte Einnahmen	290	529	5.867	3.000	100
1571	Erstattung von Versicherungsleistun- gen	0	2.947	978	500	0
1672	Erstattung Personalkosten für Luft- Rettungsdienst	203.653	203.519	207.318	106.000	109.000
1740	Zuschüsse des Bundesamts für Zivildienstleistende	16.059	16.823	16.038	8.200	8.200
Summe Erlöse		4.888.179	4.933.374	5.367.515	2.744.367	2.813.850
Gesamtkosten		4.813.808	4.902.958	5.428.113	2.775.350	2.813.850
Gesamterlöse		4.888.179	4.933.374	5.367.515	2.744.367	2.813.850
Über-/Unterdeckung		74.371	30.416	-60.598	-30.983	0
Kostendeckungsgrad (%)		101,54	100,62	98,88	98,88	100

Die Prognosen für 2002 und 2003 basieren neben der voraussichtlichen Kostenentwicklung auf dem hochgerechneten Fahrtenaufkommen der letzten 12 Monate. Dabei wird unterstellt, dass sich die Einsatzzahlen in 2003 auf dem Niveau des Jahres 2002 stabilisieren. Die Zeitreihe des Fahrtenaufkommens 1991 – 2002 zeigt zwar einige Schwankungen, bei einer Gesamtbetrachtung entsprechen die prognostizierten Werte für 2002 (und 2003) aber annähernd dem Durchschnittsaufkommen der letzten 10 Jahre.

Fahrtenaufkommen 1991 – 2002

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	Prognose 2002/2003
NAW	1.791	1.914	2.044	2.098	2.078	1.961	1.955	1.968	2.295	2.221	2.190	2.232
RTW	2.240	2.332	2.359	2.560	2.845	3.151	3.369	3.417	2.420	2.523	2.693	2.793
KTW	7.101	5.709	5.211	2.708	5.326	5.249	5.205	5.703	5.476	5.558	5.324	5.837
abgegebene Fahrten	513	625	726	2.448	1.172	1.288	209					
Insgesamt	11.645	10.580	10.340	9.814	11.421	11.649	10.738	11.088	10.191	10.302	10.207	10.862



Aufgrund der sich für 2003 abzeichnenden unabweisbaren Kostensteigerungen (Gehaltserhöhung, Veranschlagung erhöhter Abschreibungen aufgrund von dringender Ersatzbeschaffungen) ist daher eine Gebührenerhöhung zum 1. Januar 2003 erforderlich. Gemeinsam mit dem Kreis Siegen-Wittgenstein wurde mit den Krankenkassen das Einvernehmen gemäß § 14 (2) des Gesetzes über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen (RettG) über eine Gebührenerhöhung von insgesamt **3,4 v. H.** erzielt, die im Rettungsdienstbereich erwirtschaftet werden sollen. Daher werden die Rettungsdienstgebühren bei den Stadtfahrten wie folgt angepasst, um die benötigte Erhöhung von 3,4 v. H. im Gesamtbudget und damit einen Gesamtausgleich zu erreichen:

	bisher	neu
RTW-Pauschale	265 Euro	273 Euro
NEF-Pauschale	200 Euro	221 Euro
NAW-Pauschale	465 Euro	494 Euro.

Die Gebühren für den Krankentransport und die Fernfahrten (Kilometergeld) bleiben unverändert.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Reinhold Baumeister
I. Beigeordneter

Anlagen: 1

Anlage 1

1. Änderungssatzung zur Gebührensatzung

für den öffentlichen Krankentransport- und Rettungsdienst der Stadt Siegen
vom 29. November 2001

Aufgrund des § 7 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NW S. 666 / SGV NW 2023), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 28. März 2000 (GV NW S. 245) und der §§ 2, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (KAG NW) vom 21. Oktober 1969 (GV NW S. 712 / SGV NW 610) in der z. Z. geltenden Fassung i.V.m. dem Gesetz über den Rettungsdienst sowie die Notfallrettung und den Krankentransport durch Unternehmen (RettG) vom 24. November 1992 (GV NW S. 458 / SGV NW S. 215), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 15. Juni 1999 (GV NW S. 386 ff / SGV NW 213) und unter Beachtung des § 133 Abs. 2 des SGB V vom 20.12.1988 (BGBl. I S. 2477, 2482) hat der Rat der Stadt Siegen am 18. Dezember folgende 1. Änderungssatzung beschlossen:

§ 2

- Höhe der Gebühren -
- Erhält folgende neue Fassung –

(1) Die Gebühren betragen:

1. Stadtfahrten

Krankentransportwagen (KTW)	92	Euro
Rettungswagen (RTW)	273	Euro
Notarztwagen (NAW)	494	Euro
Notarzteinsatzfahrzeug (NEF)	221	Euro

Diese Änderungssatzung tritt am 1. Januar 2003 in Kraft.

Im übrigen bleibt die Satzung unverändert bestehen.

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Brede

Datum
24.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	18.11.2002
---------------------	-------------------

Haupt- und Finanzausschuss	04.12.2002
-----------------------------------	-------------------

Rat	18.12.2002
------------	-------------------

Bezirksausschuss I - Geisweid

Betreff:

1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" in Meiswinkel;

hier: ➤ Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
➤ Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
➤ Beschluss der 1. Bebauungsplanänderung als Satzung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden;
2. es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegung von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) keine Anregungen bzw. Stellungnahmen vorgebracht wurden;
3. die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" als Satzung;
4. die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" laut Anlage 2.

Sachverhalt / Begründung:

Das Plangebiet der 1. Änderung des Bebauungsplanes umfasst das gesamte Plangebiet des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße. Die Bebauung des Plangebietes ist bis auf wenige Baulücken abgeschlossen.

Gemäß den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" sind Eigenheime in Flachdach- und Satteldachbauweise errichtet worden. Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der Berghofstraße und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind.

Diese Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In den anderen Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig. Entsprechend sind die Häuser so errichtet worden.

Mit der Begründung, Wohnraum zu schaffen und deshalb neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, ist von einigen Bürgern diese Änderung beantragt worden.

In der Zeit vom 07.01. bis 21.01.2002 ist eine Bürgerbeteiligung durchgeführt worden. Die Niederschrift ist als Anlage beigelegt. Während dieser Bürgerbeteiligung sind Anregungen dahingehend vorgebracht worden, Drempele und Dachgauben zuzulassen. Den Anregungen ist gefolgt worden. Auf Empfehlung des Bauausschusses des Rates der Stadt Siegen ist die Drempeelhöhe auf 0,75 m erhöht worden.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation werden die Gestaltungsvorschriften des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" wie folgt geändert:

Dächer:

1. Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und / oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.
2. Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.
3. Dachaufbauten sind mit einer Minstdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein.
Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite betragen.
4. Drempele sind nur bis 0,75 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
5. Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mind. lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Branton ist mind. ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.

6. Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

Die öffentliche Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße" hat in der Zeit vom 16.09.2002 bis 16.10.2002 stattgefunden.

Mehrere Bürgerinnen und Bürger haben die Planunterlagen eingesehen und sich das Planungsziel erläutern lassen.

Schriftliche Anregungen sind nicht vorgebracht worden.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich
------------------------------	--------------------------	-----------------------------	---	--

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlagen : 2

B e g r ü n d u n g

zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 49 "Berghofstraße"
im Stadtteil Siegen-Meiswinkel

1. Plangebiet

Das Plangebiet liegt im Stadtteil Siegen-Meiswinkel an der Berghofstraße und ist im nachstehenden Lageplan umgrenzt.

2. Anlass und Ziel der Bebauungsplanänderung

Das Plangebiet der Änderung liegt in einem mit frei stehenden Eigenheimen bebauten Bereich beidseitig der Berghofstraße.

Die Grundstücke des Planbereiches sind größtenteils bebaut.

Geleitet von den damaligen städtebaulichen Vorstellungen war im Bebauungsplan festgesetzt, dass westlich der "Berghofstraße" und in anderen Teilbereichen an der Straße "Über den Höfen" die Eigenheime mit Flachdächern zu versehen sind. Die Eigenheime sind eingeschossig, teilweise wegen der Hanglage mit sichtbarem Untergeschoss errichtet worden.

In Teilbereichen des Bebauungsplanes sind für die Eigenheime Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.

Mit der Begründung, neben den Flachdächern auch Satteldächer zuzulassen, um Wohnraum zu schaffen und der Flachdachproblematik zu entgehen, ist die Zulassung von Satteldächern beantragt worden.

Eine daraufhin von der Stadt Siegen durchgeführte Anwohnerbefragung ergab, dass sich die Mehrheit für eine Änderung der Gestaltungsvorschriften ausgesprochen hat, während vier Anlieger sich gegen eine Änderung ausgesprochen haben.

Während der Bürgerbeteiligung ist die Zulassung von Drempeln und Gauben beantragt worden. 2 Bürger haben die Änderung begrüßt.

Unter Berücksichtigung der umgebenden städtebaulichen Situation sollen folgende Festsetzungsvorschläge umgesetzt werden:

Dächer

- 2.1 Für die Hauptgebäude sind nur Flach- und/oder Satteldächer mit einer Dachneigung von 28° - 35° zulässig.
- 2.2 Für Garagen und sonstige eingeschossige Nebengebäude sind neben Satteldächern auch Flach- und Pultdächer zulässig.
- 2.3 Dachaufbauten sind mit einer Minstdachneigung von 20° zu versehen. Sie müssen von den Giebelaußenwänden mind. 1,50 m entfernt sein. Die Gesamtbreite der Dachaufbauten je Dachfläche darf insgesamt 1/3 der darunter liegenden Außenwandbreite betragen.
- 2.4 Drempel sind nur bis 0,75 m Höhe - gemessen von Oberkante Rohdecke bis Oberkante Aufmauerung - zulässig.
- 2.5 Als Dacheindeckung sind außer bei Flach-, Solar-, Glas- und Gründächern nur Dachpfannen, Bitumenschindeln und Natur- und Kunstschiefer in den Farbtönen "grau" und "braun" zulässig. Als Grauton ist mind. lichtgrau nach RAL 7035 oder dunkler, als Branton ist mind. ockerbraun nach RAL 8001 oder dunkler zu wählen.
- 2.6 Zur Sicherung und Wahrung der Gebäudeproportionen ist eine Firsthöhe bzw. Dachoberkante von max. 4,50 m Höhe ab Oberkante Erdgeschossrohdecke bzw. Balkenlage bis Dachaußenhaut zulässig.

3. Erschließung, Ver- und Entsorgung, Eingriffe in Natur und Landschaft, Stellplätze

Die Erschließung des Änderungsbereiches erfolgt über die vorhandenen Erschließungsstraßen.

Die Ver- und Entsorgung ist durch die vorhandenen Leitungsnetze sichergestellt.

Eingriffe in Natur und Landschaft werden durch die Bebauungsplanänderung nicht ausgelöst.

Stellplätze müssen, soweit Dachgeschosse zu Wohnzwecken ausgebaut werden und eine selbständige Wohnung entsteht, auf den Grundstücken selbst nachgewiesen werden.

4. Kosten

Kosten entstehen der Stadt durch diese Bebauungsplanänderung nicht.

Siegen, im März 2002

Stadt Siegen
Fachbereich 7 / Stadtplanung
I. A.

Ulrike Rohr

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8 / Grünflächen
Bearbeitet von: Herrn Langenbach

Datum
15.10.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	18.11.2002
Haupt- und Finanzausschuss	04.12.2002
Rat	18.12.2002

Betreff:

7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet von Siegen vom 27.01.1981; hier: Erhöhung der einzelnen Gebührentarife nach § 4 der Satzung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß Anlage 9 die 7. Änderungssatzung zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Friedhöfe im Stadtgebiet Siegen vom 27.01.1981.

Sachverhalt / Begründung:

I. Sachstand

Der in Abstimmung zwischen dem Innenministerium NRW und den Bezirksregierungen erarbeitete Handlungsrahmen zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten sieht vor, dass in den klassischen Gebührenhaushalten keine Unterdeckungen entstehen dürfen. Der Landrat des Kreises Siegen-Wittgenstein hat in seiner Genehmigungsverfügung vom 22.05.2002 zur Haushaltssatzung 2002 der Stadt Siegen und zur 8. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes nochmals auf diesen Handlungsrahmen verwiesen und explizit das Anstreben der größtmöglichen Kostendeckung eingefordert.

Die Betriebsabrechnung weist für 2001 einen Kostendeckungsgrad von 72,87 Prozent aus, da die Gesamtausgabebeträge gegenüber 2000 nochmals um ca. 46.000 € reduziert werden konnten. Das Ausgabenniveau liegt damit unter dem Wert von 1991. Im vergangenen Jahr wurden aufgrund der Erhöhung zum 10.07.2001 Bestattungsgebühren in Höhe von 1.879.137 € eingenommen (Haushaltsansatz für 2001 = 1.917.344 €).

Setzt sich allerdings der deutlich erkennbare Trend zu preiswerteren Bestattungsformen (Urnengräber) weiter fort (siehe hierzu auch das als Anlage 1 beigefügte Diagramm), werden die Gebühreneinnahmen bei Beibehaltung der jetzigen Gebührensätze in Zukunft wieder zurückgehen. Damit wird ein erneutes Absinken des Kostendeckungsgrades einhergehen, da die bestimmenden Kostengrößen, Personalkosten und kalkulatorische Kosten nicht beliebig weiter abgebaut werden können, wobei auch die Aufrechterhaltung eines reibungslosen Bestattungsbetriebes hier Grenzen setzt.

Um den Vorgaben des Handlungsrahmens zur Genehmigung von Haushaltssicherungskonzepten und der Forderung des Landrates zu genügen und gleichzeitig der angespannten Haushaltslage der Stadt Siegen Rechnung zu tragen, ist der unzureichende Kostendeckungsgrad weiter zu verbessern. Angestrebt wird ein hierbei ein Kostendeckungsgrad von ca. 80 %.

II. Kalkulationsgrundlagen

1. Allgemeines

Die hier vorliegende Einzelkalkulation der Friedhofsgebühren wird aus der vorhandenen Betriebsabrechnung 2001 für den UA 750 - Bestattungswesen - abgeleitet, wie dies auch ausdrücklich die Ziele der Betriebsabrechnung vorsehen. Gleichzeitig sind die der letzten Kalkulation zugrundeliegenden Daten aktualisiert und an veränderte Gegebenheiten angepasst worden.

Durch die Neuregelung des § 6 Abs. 2 des Kommunalabgabengesetzes (KAG) ist ein Kalkulationszeitraum von bis zu 3 Jahren zulässig. Die vorliegende Kalkulation bezieht sich auf das Jahr 2003, da eine längerfristige Prognose stark risikobehaftet ist.

Da die Kostenrechnung sämtliche im Bestattungswesen angefallenen Kosten erfasst, können diese auch im Rahmen der Kalkulation vollständig verrechnet werden, wodurch eine kostendeckende Gebühr ermittelt werden kann.

In der Betriebsabrechnung erfolgt die Aufteilung der Gesamtkosten auf die Hauptkostenstellen 10 (Bestattung/Umbettung), 11 (Überlassung von Begräbnisplätzen), 12 (Trauerhallen und Leichenzellen) und die Nebenkostenstellen 13 (Grabmalgenehmigung und -prüfung) sowie 14 (Kriegsgräber und jüdische Friedhöfe). Bei der Kostenstelle 14 werden keine Gebühren erhoben.

Da jeder Kostenstelle mehrere Gebührenpositionen zuzuordnen sind, ist für die Gebührenermittlung eine weitere Aufteilung der Kosten erforderlich. Diese erfolgt im Fall der Kostenstelle 12 durch eine einfache Divisionskalkulation, bei der die kostendeckende Gebühr durch Division der Kosten für jeden der beiden Bereiche durch die jeweilige Fallzahl ermittelt wird. Bei den übrigen Kostenstellen erfolgt die Ermittlung der Einzelgebühren unter Anwendung des sog. Äquivalenzziffernverfahrens, welches in der Anlage 7 näher erläutert ist.

2. Änderung der Kalkulationsgrundlagen

Von der zugrundeliegenden Systematik her entspricht diese Gebührenkalkulation weitgehend den vorangegangenen Gebührenberechnungen vom Dezember 1997, Februar 2000 und Juli 2001. Allerdings hat die Entwicklung der letzten Jahre mit einer ständigen Zunahme der Feuerbestattungen (derzeitiger Anteil ca. 41 %, d.h. eine Verdoppelung in den letzten zehn Jahren) und insbesondere der anonymen Urnenbestattungen zu einem starken Ungleichgewicht zwischen den Gebühren für die Überlassung von Begräbnisplätzen für Urnenbestattungen und Erdbestattungen geführt da letztere nach dem bisherigen Berechnungsschlüssel aufgrund ihrer größeren Fläche die Hauptlast der Gebühren und der Gebührenerhöhungen zu tragen hatten. Bei unveränderter Vorgehensweise zur Gebührenermittlung wird sich diese Schieflage weiter verstärken, wobei dem Gebührenungleichgewicht zu Lasten der Erdgräber kein entsprechend größerer Nutzen gegenüber steht. Das hat zur Folge, dass die konventionellen Bestattungsformen einseitig belastet werden und die günstigeren Gebühren für Feuerbestattungen subventionieren.

Um wieder eine Gebührengerechtigkeit zu erreichen, müssen daher die Kalkulationsgrundlagen geändert werden, wobei an die Gebührenkalkulation für die Kostenstelle 11 – Überlassung von Begräbnisplätzen – nunmehr folgende Anforderungen zu stellen sind:

- ausgewogenere und sachgerechtere Gebührenerhebung
- stabile Grundlage für die notwendigen Gebühreneinnahmen
- Berücksichtigung des zusätzlichen Pflegeaufwandes für anonyme und Rasengrabstätten
- Staffelung der Gebühren für Reihen- und Wahlgrabstätten
- Berücksichtigung von Erschließungsaufwand und Flächenverbrauch

Die hierzu entwickelte Berechnungssystematik wird unter Punkt II,4 – Besonderheiten bei den einzelnen Kostenstellen – im Detail erläutert. Diese neue Systematik soll auch für künftig erforderliche Gebührenberechnungen beibehalten werden.

3. Einflussgrößen

Neben den Äquivalenzziffern (Gewichtungsfaktoren), mit denen die verschiedenen Leistungen vergleichbar gemacht werden, sind für die Neukalkulation der Einzelgebühren und insbesondere auch für die Ermittlung des Gesamtvolumens der Erhöhung, die Gesamtkosten der jeweiligen Kostenstellen sowie die entsprechenden Fallzahlen zu berücksichtigen.

Um das angestrebte Einnahmenvolumen und den damit verbundenen Kostendeckungsgrad tatsächlich zu erreichen und für den Kalkulationszeitraum beizubehalten, ist eine Prognose über die in diesem Zeitraum zu erwartenden Kosten und Fallzahlen zu treffen.

Die Kosten der einzelnen Kostenstellen werden hierzu aus der Betriebsabrechnung des Jahres 2001 abgeleitet. Dabei wird unterstellt, dass sich aufgrund der Budgetierung mit festen Ausgabegrenzen keine Veränderung der Unterhaltungs-/ Betriebskosten ergeben wird. Eine Ausnahme gilt nur für die durch den Kreis Siegen-Wittgenstein erhobenen Deponiegebühren. Aufgrund der dort für das Jahr 2003 beabsichtigten Erhöhungen ist mit einer Steigerung der Deponiekosten um ca. 40.000 € zu rechnen.

Für die kalkulatorischen Kosten sind weitere Veränderungen über die bereits erfolgte Berücksichtigung von Abzugskapital bei der Berechnung der kalkulatorischen Zinsen für die Trauerhallen hinaus nicht zu unterstellen, da davon ausgegangen werden kann, dass sich Zu- und Abgänge bei den Vermögenswerten als zugrundeliegenden Größen in etwa ausgleichen werden.

Im Bereich der Personalkosten sind die Personalkostensteigerungen für 2003 entsprechend der Kalkulation des SN A berücksichtigt.

Bei den Fallzahlen wird ein Prognosewert angesetzt, der sich aus der Entwicklung der Einzelfallzahlen im Zeitraum 1996 bis 2001 ergibt und diesen Trend fortschreibt. Die zugrundeliegende Gesamtfallzahl von 1.214 Bestattungen/ Jahr) im Bestattungsbereich entspricht dem Durchschnitt der Jahre 1996 bis 2001.

4. Besonderheiten bei den einzelnen Kostenstellen

Kostenstelle 10 - Bestattung/Umbettung

Ausgangsbasis der Kalkulation ist hier der Zeitbedarf für die jeweilige Bestattungsart. Der bei bestimmten Bestattungsarten notwendige Einsatz des Gräberbaggers wird durch eine Gewichtung der Arbeitsstunden be-

rücksichtigt. Für die Ermittlung der Äquivalenzziffern ebenfalls von Bedeutung ist die in den Fällen der Ausbettung mit anschließender Überführung oder Ausbettung mit anschließender Wiederbestattung gewährte sogenannte Umbettungszulage.

Kostenstelle 11 - Überlassung von Begräbnisplätzen

Bei der Ermittlung der Äquivalenzziffern/ Gebühren in diesem Bereich wurden auch bisher schon folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

- die Brutto-Grabfläche in m²
- die Höhe der Erschließungskosten
- der Pflegeaufwand
- die unterschiedliche Nutzungsdauer der Grabstätten
- der Anteil des „öffentlichen Grüns“

Unter dem Begriff Brutto-Grabfläche ist die eigentliche Fläche der Grabstelle zuzüglich der unmittelbar angrenzenden Wegeflächen, die zur Nutzung des Grabes erforderlich sind, zu verstehen. Durch diese Größe wird der unterschiedliche Flächenverbrauch je Grabart dargestellt. Die Höhe der Erschließungskosten wird über einen Erschließungskostenfaktor berücksichtigt, der den unterschiedlichen Aufwand für die Anlage von Grabfeldern abbildet. Da bei anonymen Bestattungsarten und bei den Rasengräbern die Pflege der Grabflächen nicht durch die Nutzungsberechtigten, sondern die Grünflächenabteilung erfolgt, wird dieser - gegenüber sonstigen Grabstätten/ Grabfeldern erhöhte - Pflegeaufwand ebenfalls einbezogen.

Zur Bestimmung des Kostendeckungsgrades ist in diesem Bereich neben den Gebühreneinnahmen auch der sogenannte Anteil "öffentliches Grün" zu berechnen. Dies erfolgt entsprechend der Ausweisung im Betriebsabrechnungsbogen als zusätzliche Einnahmeposition - Erstattung von UA 580 – Grünflächen – für die Pflege der anteiligen Grünflächen auf Friedhöfen. Die Zurechnung dieses Anteils auf die einzelnen Gebührenpositionen erfolgt ebenfalls im Rahmen einer Äquivalenzziffernrechnung unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Nutzungsdauern. Durch die Berücksichtigung des „öffentlichen Grüns“ kommt zum Ausdruck, dass die Friedhöfe mit ihrem zum Teil stadtbildprägenden Baumbestand und den Freiflächen auch einen nicht unerheblichen Erholungswert für alle Einwohnerinnen und Einwohner haben, der nicht dem Gebührenzahler zuzurechnen ist. Entsprechend dem Flächenanteil der Friedhöfe der nicht Bestattungszwecken dient, werden hierfür 33 % der Kosten der Hauptkostenstelle 11 veranschlagt.

Wie oben dargelegt, war die Berechnungssystematik zu überarbeiten, um sie den geänderten Anforderungen anzupassen. Dazu werden die auf die Kostenstelle 11 – Überlassung von Begräbnisplätzen – entfallenden Gesamtkosten zwei Kostenblöcke – grabartunabhängige und grabartabhängige Kosten aufgeteilt.

Die **grabartunabhängigen Kosten** bestehen aus den Pflege- und Unterhaltungskosten für die Grabflächen und Pflegeflächen der städtischen Friedhöfe. Diese Kosten fallen an, um den jeweiligen Friedhof als Ganzes betreiben zu können und benutzbar zu machen. Erst dadurch wird die Nutzung des einzelnen Grabes auf dem Friedhof ermöglicht. Daher werden diese Kosten auf alle Bestattungen gleichermaßen umgelegt, wobei nur nach der unterschiedlichen Nutzungsdauer und dem zusätzlichen Pflegeaufwand für anonyme bzw. Rasengräber differenziert wird.

Die **grabartabhängigen Kosten** setzen sich aus den kalkulatorischen Kosten, da diese den Aufwand für die Anlage der unterschiedlichen Grabfelder und den Flächenverbrauch abbilden sowie dem Teil der Abfallsorgungskosten zusammen, der auf die Grabpflege zurückzuführen ist. Für die Grabkammern werden die kalkulatorischen Kosten direkt dieser Bestattungsart zugerechnet. Die Verteilung der sonstigen grabartabhängigen Kosten erfolgt wie bisher unter Berücksichtigung der Bruttograbfläche, der Nutzungsdauer und der Erschließungskosten. Sie sind maßgeblich für die Differenzierung zwischen Grabarten mit gleicher Nutzungsdauer, z.B. zwischen den verschiedenen Erdgrabstätten.

Durch die Umstellung der Berechnungssystematik differieren die einzelnen Erhöhungsbeträge, abhängig von der vorherigen Gebührenhöhe, teilweise sehr stark. Dies ist ein einmaliger Effekt, der sich zukünftig nicht wiederholen wird.

Kostenstelle 13 - Grabmalgenehmigung und -prüfung

Die Äquivalenzziffern für diese Kostenstelle errechnen sich aus dem anteiligen Verwaltungsaufwand, aus dem Zeitbedarf für die Kontrolle des Grabmales vor Ort, aus der Überprüfung des Grabmales auf Standsicherheit sowie aus dem Zeitbedarf für das Abräumen nach Ablauf der Nutzungsdauer.

Durch die Berücksichtigung des unterschiedlichen Zeitbedarfes für das Abräumen der Gräber werden insbesondere die hierfür anfallenden Entsorgungskosten verursachungsgemäß zugerechnet.

III. Änderung der Gebührensätze

Zur Zeit weisen die verschiedenen Kostenstellen unterschiedliche Deckungsgrade auf. Es besteht grundsätzlich die Möglichkeit, im Rahmen der Gebührenanpassung einen einheitlichen Deckungsgrad für alle Kostenstellen anzustreben oder die notwendige Anpassung auf der Basis der vorliegenden Kostendeckungsgrade vorzunehmen.

Ein einheitlicher Kostendeckungsgrad für alle Kostenstellen würde Gebührensenkungen im Bereich der Bestattungen nach sich ziehen, die durch Anhebungen bei den sonstigen Kostenstellen ausgeglichen würden.

Die Hauptlast würde allerdings bei der Nutzung der Trauerhallen anfallen und dort zu einer deutlichen Steigerung der Nutzungsgebühr führen, da diese Kostenstelle den niedrigsten Deckungsgrad aller Kostenstellen aufweist. Ursächlich dafür sind auch die stark voneinander abweichenden Gesamtkosten je Kostenstelle. So macht eine Verbesserung des Kostendeckungsgrades um 1 Prozentpunkt, z. B. bei der Kostenstelle 10 einen Betrag von 5.621 € aus, bei der Kostenstelle 11 aber 27.533 €.

Um zu angemessenen Erhöhungen in den jeweiligen Bereichen zu gelangen, wird daher weiterhin von unterschiedlichen Kostendeckungsgraden je Kostenstelle ausgegangen.

Kostenstelle 10 - Bestattungen/ Umbettungen

Der Kostendeckungsgrad der einzelnen Gebührenpositionen innerhalb der Kostenstelle liegt bei ca. 100 %, so dass sich nur bei einigen Bestattungsarten minimale Gebührenerhöhungen von 1 – 8 € ergeben, wenn der vorgeschlagene Kostendeckungsgrad von 100 % beschlossen wird.

Da die fachlichen Gründe für unterschiedliche Gebührensätze bereits in die Kalkulation eingeflossen sind, besteht kein Anlass, darüber hinaus unterschiedliche Kostendeckungsgrade für die einzelnen Gebührenpositionen zugrunde zu legen, durch die bestimmte Gebührenzahler nochmals stärker belastet würden als andere.

Das Angebot von Rasengräbern trägt Wünschen aus der Bevölkerung Rechnung, die ein konventionell angelegtes Grab nicht pflegen können, aber dennoch keine anonyme Bestattung wünschen.

Die Beisetzung von Urnen in einer vorhandenen herkömmlichen Erd-Grabstätte anstelle in einem speziellen Urnengrab wird nicht separat ausgewiesen, da hier jeweils der gleiche Aufwand zu veranschlagen ist, der nur danach zu unterscheiden ist, ob es sich um eine Bestattung in einem Wahlgrab oder einem Reihengrab handelt.

Bestattungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag (EUR)
Reihengrab (Kinder)	286,87	285,00	286,87	1,87
Reihengrab (Erw.)	629,85	626,00	629,85	3,85
Reihengrab (Urne)	178,73	178,00	178,73	0,73
Rasengrab	822,15	817,00	822,15	5,15
Wahlgrab (Kinder)	332,12	330,00	332,12	2,12
Wahlgrab (Erw.)	709,03	705,00	709,03	4,03
Wahlgrab (Urne)	207,24	206,00	207,24	1,24
Grabkammer	412,66	410,00	412,66	2,66
Grabkammer (Urne)	207,24	206,00	207,24	1,24
Anonym (Urne)	137,10	136,00	137,10	1,10
Anonym (Urne mit A.)	204,97	204,00	204,97	0,97
Anonym (Erd)	822,15	817,00	822,15	5,15
Anonym (Totgeb.)	190,04	189,00	190,04	1,04
Leichenträger	79,18	79,00	79,18	0,18
Ausb./ Übf. (Erw.)	1.385,04	1.376,00	1.385,04	9,04
Ausb./ Übf. (Kind)	776,91	772,00	776,91	4,91
Ausb./ Übf. (Urne)	149,77	149,00	149,77	0,77
Ausb./ WB (Erw.)	1.747,02	1.736,00	1.747,02	11,02
Ausb./ WB (Kind)	954,28	948,00	954,28	6,28
Ausb./ WB (Urne)	173,75	173,00	173,75	0,75

(Anonym (Urne mit A.) = anonyme Urnenbestattung mit Teilnahme der Angehörigen; Ausb./ Übf. = Ausbettung zur Überführung, Ausb./ WB. = Ausbettung mit anschließender Wiederbestattung)

Eine detaillierte Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 10 ist als Anlage (Anlage 2) beigefügt.

Kostenstelle 11 - Überlassung von Begräbnisplätzen

Ohne Gebührenanpassung wird der Kostendeckungsgrad bei dieser Kostenstelle auf ca. 40 bis 79 % zurückgehen. Die Ursachen hierfür liegen einerseits in den steigenden Kostenstellengesamtkosten aufgrund von Personal- und Deponiekostenerhöhungen. Aus den bereits im Falle der Kostenstelle 10 aufgeführten Gründen wird im Rahmen der Gebührenanpassung ebenfalls ein einheitlicher Deckungsgrad, hier von 80 %, für die Gebührenpositionen innerhalb dieser Kostenstelle zugrunde gelegt. Dieser errechnet sich, indem der

kostendeckenden Gebühr die Summe aus der hier vorgeschlagenen Gebühr und dem jeweiligen Anteil "Öffentliches Grün" gegenübergestellt werden.

Eine Ausnahme gilt nur für die anonyme Bestattung von Totgeburten, bei der nur eine geringfügige Erhöhung von 31,00 € vorgeschlagen wird (rechnerisch ergibt sich ein Erhöhungsbetrag von 678,48 €), damit der Abstand zu den gebührenfrei beizusetzenden Totgeburten mit einem Gewicht von weniger als 500 g nicht zu groß wird.

Bestattungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	Anteil Öffentliches Grün (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag (EUR)
Reihengrab (Kinder)	1.754,80	719,34	356,00	684,50	328,50
Reihengrab (Erw.)	2.786,55	1.079,02	903,00	1.150,22	247,22
Reihengrab (Urne)	1.760,77	719,34	371,00	689,27	318,27
Rasengrab	3.226,34	1.079,02	1.245,00	1.502,06	257,06
Wahlgrab (NW)	3.437,87	1.079,02	1.628,00	1.671,28	43,28
Wahlgrab (HW)	3.903,53	1.079,02	2.026,00	2.043,81	17,81
Wahlgrab (Urne)	1.977,17	719,34	583,00	862,40	279,40
Grabkammer	2.728,16	431,61	1.592,00	1.750,92	158,92
Anonym (Urne)	1.915,65	719,34	51,00	813,18	762,18
Anonym (Erd)	3.226,34	1.079,02	1.074,00	1.502,06	428,06
Anonym (Totgeb.)	1.958,53	719,34	169,00	200,00	31,00

Die genaue Berechnung der Position "Öffentliches Grün" kann der als Anlage beigefügten detaillierten Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 11 entnommen werden (Anlage 3).

Kostenstelle 12 - Trauerhallen und Leichenzellen

Für die Trauerhallennutzung beträgt der Kostendeckungsgrad 53,73 %, während im Falle der Nutzung der Leichenzellen (Aufbewahrung) ein Kostendeckungsgrad von 106,81 % zu erwarten ist.

Im sensiblen Bereich der Trauerhallennutzung soll der bisherige Gebührensatz von 297,00 € nur um 3,00 € auf einen glatten Betrag von 300,00 € erhöht werden, wodurch sich dann ein Kostendeckungsgrad von ca. 54,27 % ergeben würde. Für den Bereich der Aufbewahrung wird ein Kostendeckungsgrad von 100 % angestrebt, daher soll hier die Gebühr von 54,00 € auf 51,00 € gesenkt werden, um eine Kostenüberdeckung zu vermeiden.

Ein einheitlicher Kostendeckungsgrad von Trauerhallen und Leichenzellen (Aufbewahrung) ist bei dieser Kostenstelle nicht erforderlich, da es sich hier um voneinander unabhängige Vorgänge bzw. Nutzungen handelt (eine Nutzung der Trauerhalle erfolgt nur auf Wunsch).

Nutzungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag
Trauerhalle	552,75	297,00	300,00	3,00
Aufbewahrung	50,43	54,00	50,50	-3,50

Eine detaillierte Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 12 ist als Anlage beigefügt (Anlage 4).

Kostenstelle 13 – Grabmalgenehmigung und -prüfung

Bei dieser Kostenstelle wird ein Kostendeckungsgrad von derzeit ca. 72 % erreicht. Angestrebt wird auch hier ein Kostendeckungsgrad von 100 %.

Genehmigungsart	kostendeckende Gebühr (EUR)	derzeitige Gebühr (EUR)	vorgeschlagene Gebühr (EUR)	Erhöhungsbetrag (EUR)
lieg. Grabmal	107,72	78,00	107,72	29,72
steh. Grabmal (Kind/Urne)	143,81	104,00	143,81	39,81
steh. Grabmal (Reihe)	188,52	136,00	188,52	52,52
steh. Grabmal (Wahl)	215,45	155,00	215,45	60,45
steh. Grabmal (Grabk.)	156,20	112,00	156,20	44,20

Eine detaillierte Übersicht zur Kalkulation der Gebühren der Kostenstelle 13 ist als Anlage beigefügt (Anlage 5).

IV. Umfang der Gebührenerhöhung

Durch die vorgeschlagenen neuen Gebühren sind Einnahmeverbesserungen in Höhe von 275.632,92 € gegenüber den Einnahmen zu erwarten, die erzielt werden können, wenn die Gebühren beibehalten werden. Die Einnahmeveränderungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt:

Kostenstelle	Einnahmen (Beibehaltung derzeitige Gebühren) EUR	Einnahmen (neu) EUR	Veränderung EUR	Kostendeckungsgrad
Bestattung/ Umbettung	558.839,00	562.130,67	3.291,67	100%
Überlassung v. Begräbnisplätzen	1.039.436,00	1.291.480,97	252.044,97	80%
Trauerhallen	276.165,09	278.954,63	2.789,55	54%
Leichenzellen	45.036,00	42.117,00	-2.919,00	100%
Grabmalgenehmigung u. Prüfung	53.153,65	73.579,39	20.425,74	100%
Summe	1.972.629,74	2.248.262,66	275.632,92	

Die Einnahmen und deren Veränderung ergeben sich aus der Multiplikation der prognostizierten Fallzahlen mit der derzeitigen Gebühr bzw. der vorgeschlagenen Gebühr.

Der Kostendeckungsgrad errechnet sich dann folgendermaßen:

Bezugsjahr	2003	2001
Gesamtausgaben (EUR)	3.998.672,71	3.846.712,14
Gebühreneinnahmen (EUR)	2.248.262,66	1.879.136,74
Erstattung f. öff. Grün (EUR)	908.602,96	870.349,67
Erstattung f. Kriegsgräber (EUR)	42.408,59	42.408,59
Gesamteinnahmen (EUR)	3.199.274,21	2.791.895,00
Kostendeckungsgrad	80,01%	72,83 %

in den grau unterlegten Feldern finden sich die Vergleichswerte aus der Betriebsabrechnung 2001

Anlagen:

1. Entwicklung der Bestattungsarten
2. Gebührenkalkulation Kostenstelle 10 - Bestattung/ Umbettung
3. Gebührenkalkulation Kostenstelle 11 - Überlassung von Begräbnisplätzen
4. Gebührenkalkulation Kostenstelle 12 - Trauerhallen und Leichenzellen
5. Gebührenkalkulation Kostenstelle 13 - Grabmalgenehmigung und -prüfung
6. Bestattungsgebührenübersicht Umland
7. Erläuterung des Äquivalenzziffernverfahrens
8. Betriebsabrechnungsbogen 1998
9. Friedhofsgebührensatzung

Finanzielle Auswirkungen ☒ ja ☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten nein	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt-bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------------------	--------------------------	--	--

Veranschlagung <input type="checkbox"/> im VermH	<input checked="" type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit 2.100.000 €	Haushaltsstelle 1.750.1100.5
---	---	-------------------------------	--	------------------------------

In Vertretung

Gesehen:

Brune
Stadtbaurat

Stötzel
Bürgermeister

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich

Fachbereich

Bearbeitet von:

Eigenbetrieb Entwässerung

Datum

25.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Werksausschuss

13.12.2002

Betreff:

Gebührenkalkulation 2003

Beschlussvorschlag:

Der Werksausschuss empfiehlt, der Rat beschließt die Gebührenkalkulation Kanalbenutzungsgebühren 2003 lt. Anlage.

Die in der geltenden Gebührensatzung festgesetzten Gebühren (2,02 €/ cbm verbrauchtes Frischwasser, 0,88 €/ qm angeschlossene Fläche) bleiben unverändert.

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Harms

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich
Fachbereich
Bearbeitet von:

Eigenbetrieb Entwässerung

Datum
25.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Werksausschuss

13.12.2002

Betreff:

Wirtschaftsplan 2003

Beschlussvorschlag:

Der Werksausschuss empfiehlt, der Rat beschließt den Wirtschaftsplan 2003 lt. Anlagen:

1. Erfolgsplan
2. Finanzplan 2003 – 2007
3. Investitionsplan 2003 – 2007
4. Stellenübersicht

Sachverhalt / Begründung:

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Harms

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
11.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

18.12.2002

Betreff:

**Ausschussneubesetzung
hier: Bauausschuss**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt Herrn Sascha Boersma als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Bauausschuss.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Schreiben vom 15.09.2002 bat der Stadtverordnete Herr Thomas Morgenschweis von der STATT-Partei um einen Stellvertreter im Bauausschuss der Stadt Siegen. Da aus § 58 Abs. 1 GO NW und auch aus einschlägigen Kommentaren das Stellvertretungsrecht nur für Fraktionen hervorgeht, wurde die Kommunalaufsichtsbehörde um Stellungnahme gebeten.

Danach hat auch Herr Morgenschweis einen Anspruch, sich im Bauausschuss der Stadt Siegen vertreten zu lassen. Obwohl die Gemeindeordnung NW explizit zu diesem Thema keine Aussagen trifft, darf ein Einzelratsmitglied in diesem Fall nicht schlechter gestellt werden als jedes andere Ratsmitglied.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Sitzungsdienst
Bearbeitet von: Frau Witt

Datum
17.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

18.12.2002

Betreff:

Ausschussneubesetzungen

**hier: Ausschuss für Schul- und Bildungswesen, Ausschuss für Soziales,
Familien- und Seniorenfragen und Bezirksausschuss I Siegen-
Geisweid**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen wählt:

Nr. 1

in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Herrn Stephan Böhmer als ordentliches beratendes Mitglied und Herrn Ingo Dietewich als stellvertretendes beratendes Mitglied

Nr. 2

a) in den Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Herrn Karl-Heinz Könsgen als stellvertretendes Mitglied

b) in den Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herrn Karl-Heinz Könsgen als stellvertretendes Mitglied

c) in den Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid

Herrn Max Pflaum als stellvertretendes Mitglied

Sachverhalt / Begründung:**Zu Nr. 1**Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Die Stadtschulpflegschaft hat am 04.12.2002 die Elternpflegschaft der Grundschulen neu gewählt und bittet vorstehende Änderungen vorzunehmen.

Zu Nr. 2

Die CDU-Fraktion bittet folgende Änderungen vorzunehmen:

Ausschuss für Schul- und Bildungswesen

Herrn Karl-Heinz Könsgen für einen noch nicht besetzten Ausschusssitz

Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen

Herrn Karl-Heinz Könsgen für einen noch nicht besetzten Ausschusssitz

Bezirksausschuss I Siegen-Geisweid

Herrn Max Pflaum für einen noch nicht besetzten Ausschusssitz

Ulf Stötzel

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Fachbereichsleiter 5
Bearbeitet von: Herrn Fischer

Datum
21.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Rat

18.12.2002

Betreff:

**Kommunale Beschäftigungsförderung, Neue Arbeit Siegerland;
hier: Bürgschaft**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt,

- die zur Liquidität der Gesellschaft von der Stadt übernommene Bürgschaft mit Rangrücktrittserklärung in Höhe von 5/8 von 107.371,29 € (210.000,00 DM) = **67.107,06 €** (131.250,00 DM) bis zum **30.06.2003** zu verlängern.

Sachverhalt / Begründung:

Bürgschaft

Mit Schreiben vom 15.11.2002 beantragt die Geschäftsführung der Neuen Arbeit Siegerland gGmbH nach vorheriger Abstimmung in der Gesellschafterversammlung die Verlängerung der Bürgschaft zum **31.12.2004**. Wenngleich die Stadt Kreuztal sowie die weiteren Gesellschafter diesem Antrag folgen werden, wird von hier aus vorgeschlagen, entgegen diesem Antrag die zur Liquidität der Gesellschaft von der Stadt übernommene Bürgschaft von **67.107,06 €** (131.250,00 DM) - befristet bis zum 31.12.2002 - **lediglich bis zum 30.06.2003** zu verlängern (s. zu weiteren Informationen auch Verwaltungsvorlage Nr. 1352/01 vom 23.08.2001/Sitzung des Rates der Stadt Siegen vom 24.10.2001).

Die Notwendigkeit zur Abgabe der Bürgschaft ergibt sich aus Liquiditätsgründen, da seitens der Gesellschaft in hohem Maße Vorfinanzierungen bei einzelnen Projekten erfolgen müssen.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Rohr
Stadtrat

Anlagen: